

zeiten : der : stadt

Abschlussbericht des Barmbek-Uhlenhorster
Forschungs- und Modellprojekts

Erstellt von *empirica*

im Auftrag des

Senatsamtes für die Gleichstellung

Übersicht

A	EINFÜHRUNG	5
	1. Zeitstrukturen im Umbruch	5
	2. Dimension und Formen der Ungleichheit	5
	3. Das Hamburger Aktionsforschungsprojekt zeiten:der:stadt	8
B	FORSCHUNGSERGEBNISSE IM ÜBERBLICK	9
	1. Familienstruktur und Berufstätigkeit im Untersuchungsgebiet	9
	2. Teilzeitarbeit	14
	3. Kinderbetreuung und Beruf	16
	4. Persönliche Lebenssituation und Zeitstreß	21
	5. Bewertung der vorhandenen Dienstleistungsangebote und -zeiten	24
	6. Gewünschte Öffnungszeiten bzw. Sprechstunden im Dienstleistungsbereich	27
	7. Gewünschte ergänzende Öffnungszeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen	32
	7.1 Ergebnisse der Expertengespräche mit Zeitnachfragerinnen	32
	7.2 Ergebnisse der Straßeninterviews mit Zeitnachfragerinnen	32
	7.3 Ergebnisse der Expertengespräche mit Zeitanbietern- und -anbieterinnen im Bereich Kinderbetreuung	33
	7.4 Ergebnisse der schriftlichen Befragung von Müttern in verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen	33
C	MODELLPHASE: ENTWICKLUNG, UMSETZUNG UND EVALUATION VON ZEITENTLASTUNGEN	39
	1. Ausgangslage	39
	2. Maßnahmen im Bereich Ämter	41

2.1	Ausgangslage	41
2.2	Maßnahmen im Modellprojekt	42
2.3	Veränderungen im Sinne der Kundenfreundlichkeit	44
3.	Maßnahmen im Bereich Arzt- und Zahnarztpraxen	46
3.1	Ausgangslage	46
3.2	Maßnahmen im Modellprojekt	46
3.3	Akzeptanz und Organisation der Maßnahmen sowie Rahmenbedingungen	48
3.4	Akzeptanz der Maßnahmen aus Sicht der Patienten und Patientinnen	52
3.5	Empfehlungen zur Übertragbarkeit der Maßnahmen auf andere Hamburger Bezirke	54
4.	Maßnahmen im Bereich der institutionalisierten Kinderbetreuung	56
4.1	Ausgangslage	56
4.2	Maßnahmen im Modellprojekt	57
5.	Maßnahmen im Bereich flexible Kinderbetreuung und Betreuung in Notsituationen	58
5.1	Ausgangslage	58
5.2	Maßnahmen im Modellprojekt	58
6.	Maßnahmen im Bereich Schulen	60
6.1	Ausgangslage	60
6.2	Maßnahmen im Modellprojekt	60
6.3	Umsetzung der Maßnahmen	60
6.4	Übertragbarkeit auf andere Schulen	62
ANHANG: METHODISCHE VORGEHENSWEISE UND DATENBASIS		65
1.	Forschungsphase	65
2.	Beratung Modellphase	66
3.	Umsetzung und Evaluation von Maßnahmen im Bereich Schulen	66
4.	Evaluation von Maßnahmen im Bereich Ämter	67
5.	Evaluation von Maßnahmen in Arzt- und Zahnarztpraxen	67
LITERATUR		68

A EINFÜHRUNG

1. Zeitstrukturen im Umbruch

In den modernen Industriegesellschaften zeichnet sich der Trend einer allgemeinen Verknappung der Zeit ab. Durch Einkommenssteigerung wächst der Bedarf nach Zeit, um das Einkommen verwenden zu können. Wer eine Familie mit Kindern hat, wer sich ein Auto, ein mehr oder weniger kostspieliges Hobby oder sogar ein eigenes Haus leisten kann, braucht dafür Zeit. Gleichzeitig ist das Management des Alltagslebens schwieriger und zeitaufwendiger geworden; man spricht von einer „Verbetrieblichung“ der Aufgaben im Haushalt. Die Komplexität der Alltagswelt und die geringen Produktivitäts-Fortschritte bei der Eigenarbeit erfordern einen wachsenden Zeitaufwand für nicht-erwerbswirtschaftliche Zwecke.

Zeitnot bestimmt insbesondere das Alltagsleben berufstätiger Frauen mit Kindern. Beruf und Familie, Erziehungs- und Hausarbeit ergeben einen prall gefüllten Terminkalender. Dabei entscheiden überwiegend andere, wann was erledigt wird. Flexibilität und Mobilität sind heute im Arbeitsleben mehr denn je gefordert. Berufliche Anforderungen und private Bedürfnisse zu vereinbaren, erfordert zunehmend mehr Koordination und Synchronisation. Das „schwächste Glied in der Kette“ sind berufstätige Frauen, insbesondere berufstätige Mütter, weil sie nach wie vor stärker als die Männer auf mehreren verschiedenen Handlungsfeldern gefordert sind. Die beruflichen Arbeitszeiten stehen fest - ebenso die Stunden, in denen die Kinder versorgt sind, die Partner frei und die Geschäfte, Arztpraxen und Ämter geöffnet haben. Der Tagesablauf der Kinder folgt einem eigenen Zeitplan, der von den Eltern mit organisiert werden muß. Im Ergebnis treten Frauen in ihren unterschiedlichen Rollen täglich als Zeitmanagerinnen auf. Spannungen ergeben sich insbesondere dort, wo starre Zeitfenster aufeinandertreffen.

2. Dimension und Formen der Ungleichheit

Die Lebensbiographien von Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Sie sind weitaus vielschichtiger geworden – vielschichtiger als in der Vergangenheit, aber auch (noch) vielschichtiger als die der Männer. Vergleicht man Lebensformen und Lebensziele von Frauen über einen längeren Zeitraum, zeigen sich deutliche Veränderungen:

- **In der Ausbildung (fast) gleichgezogen:** Bei den höheren Schulabschlüssen liegen Frauen mittlerweile vorn¹. Im Abschlußjahr 1997 waren 52% der Abiturienten und 53% der Realschulabgänger Frauen. Der Frauenanteil bei den Studienanfängern liegt bei 52%. Was bleibt ist die Tendenz zur einseitigen Ausrichtung auf bestimmte Berufsrichtungen. Frauen bevorzugen Berufe im sozialen Bereich. Bei der Studienwahl steht Germanistik an erster Stelle. Rechtswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre wählen Frauen fast ebenso häufig wie Männer. In den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern sind Frauen dagegen nach wie vor unterrepräsentiert – auf dem Arbeitsmarkt bestehen hier jedoch die größten Chancen. Gleiches gilt für die höchsten Bildungsabschlüsse: bei den abgeschlossenen Promotionen und Habilitationen lag der Frauenanteil 1997 nur bei 23% bzw. 16%.
- **Die Bedeutung der Berufstätigkeit steigt:** Die nachhaltige Erwerbsorientierung von Frauen ist weitgehend unabhängig vom konjunkturellen Auf und Ab. Die Erwerbsorientierung verheirateter Frauen wächst. Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit aus familiären Gründen seltener, die Unterbrechungszeiten werden kürzer. Dies hängt auch maßgeblich vom steigenden Schul- und Berufsbildungsniveau der Frauen und nicht zuletzt von der Verfügbarkeit von Teilzeitstellen ab. Gemäß Mikrozensus 1998 betrug die Erwerbsquote² der Frauen in den alten Ländern 60,5%, in den neuen Ländern 73,5%. Nach deutlichen Steigerungen bis 1992 änderte sich die Erwerbsquote der Frauen wenig. Familie und Beruf zu vereinbaren, ist für viele Frauen selbstverständlich. Der Anteil der berufstätigen Frauen mit minderjährigen Kindern ist seit Beginn der 90er Jahre von 45% 1989 auf 60% 1998 deutlich gestiegen. Die Wiedereingliederungschancen von Frauen mit Kindern in den Beruf haben sich verbessert.
- **Neue Formen des Zusammenlebens werden wichtiger:** Die Bedeutung der Ehe als Form des partnerschaftlichen Zusammenlebens nimmt ab. Immer mehr Frauen leben in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, allein oder sind alleinerziehend. Das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen ist von rd. 27 Jahren in 1985 auf rd. 31 Jahre in 1998 gestiegen. Die Zahl der Scheidungen wuchs 1998 im Vergleich zu 1990 um 34%. Der Anteil alleinerziehender Mütter an den Familien mit Kindern hat sich zwischen 1989 (9,2%) und 1998 (17,8%) fast verdoppelt.

Trotz der Veränderungen von Lebensformen und Lebensstilen von Frauen haben sich die erheblichen Benachteiligungen im wesentlichen nicht verringert. Im Gegenteil, zu der Orga-

¹ Zahlenquelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

² Die Erwerbsquote mißt den Anteil der Frauen, die erwerbstätig sind oder sein wollen (Erwerbstätige und Erwerbslose), an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahren).

nisation in der Familie, von der sie nach wie vor die Hauptlast tragen, kommt bei berufstätigen Frauen mit Kindern ein erheblicher Zeitstreß und eine häufige physische und psychische Überforderung in der Organisation des beruflichen Alltags hinzu.

Einer Untersuchung³ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zufolge sehen 78% der Frauen (aber nur 44% der Männer) noch erheblichen Handlungsbedarf bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung. Benachteiligt sehen sich die Frauen dabei vor allem in beruflicher Hinsicht - beim Verdienst (86%) und den Möglichkeiten, beruflich aufzusteigen (70%). Die Gleichberechtigung in der Partnerschaft bezeichnen dagegen nur 34% der Frauen als ungenügend verwirklicht (gegenüber 20% der Männer). Dieses Bild spiegelt auch den Stellenwert, den Frauen den verschiedenen Bereichen der Gleichberechtigung einräumen. An der Spitze stehen wiederum berufliche Faktoren wie gleiche Entlohnung (89%), gleich gute Altersversorgung trotz Familienausfallzeiten (86%) und gleiche Aufstiegschancen wie die Männer (84%). Trotz der beruflichen Ambitionen sehen sich die Frauen jedoch nach wie vor in der Familienarbeit in der Hauptverantwortung. Nur noch 64% der Frauen räumen der partnerschaftlichen Arbeitsteilung im Haushalt einen hohen Stellenwert ein, 49% finden es wichtig, daß es selbstverständlicher wird, daß auch Männer Erziehungsurlaub nehmen.

Beruf und Familie zu vereinbaren ist damit Hauptziel vieler Frauen. Das entstehende zeitliche Spannungsfeld zu entschärfen und damit im Ergebnis auch mehr Männern zu einer partnerschaftlichen Teilnahme an der Familienarbeit aufzufordern, ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabenstellung. Denn Zeitstreß ist kein individuelles Problem sondern Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung, die es aktiv zu gestalten gilt.

³ Institut für Demoskopie Allensbach: Fraueninteressen und Frauenpolitik. März 2000.

3. Das Hamburger Aktionsforschungsprojekt zeiten:der:stadt

Als erste deutsche Stadt hat Hamburg Ende 1995 ein groß angelegtes Zeitprojekt gestartet. Im Auftrag des Hamburger Senatsamts für die Gleichstellung haben Wissenschaftlerinnen des Bonner Forschungsinstituts *empirica* in Barmbek-Uhlenhorst die Zeitbedürfnisse und Zeitprobleme der dort lebenden Frauen, insbesondere der berufstätigen Mütter, untersucht. Gleichzeitig wurden alle bestehenden Zeitstrukturen, zum Beispiel die Öffnungszeiten von Kindergärten, Behörden, Schulen, Arztpraxen, Läden und Freizeiteinrichtungen sowie das örtliche Nahverkehrsangebot erfaßt. Insgesamt wurden knapp 900 schriftliche Interviews von Frauen zwischen 18 und 60 Jahren ausgewertet, ca. 400 persönliche Gespräche mit Zeitnachfragerinnen sowie etwa 200 Befragungen bei Zeitanbietern durchgeführt.

Die Ergebnisse der Untersuchungsphase lenkten das Augenmerk auf bestehende Defizite in verschiedenen Handlungsbereichen, die im Rahmen der Modellphase aufgegriffen und anhand von Modellvorhaben beispielhaft umgesetzt wurden. Im Anschluß an die zweijährige Modellphase wurden die Ergebnisse evaluiert und Handlungsempfehlungen formuliert.

Ziel des Barmbek-Uhlenhorster Zeitprojektes ist die Formulierung von Reformvorschlägen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten für bessere zeitliche Nutzungsmöglichkeiten. Sie sollen den Alltag berufstätiger Frauen und ihrer Familien erleichtern, ohne die betroffenen Beschäftigten zusätzlich zu belasten. Dazu wurden im Rahmen der Modellphase neue Zeitstrukturen einem Praxistest unterzogen. Er beinhaltet veränderte bzw. ergänzte Öffnungszeiten im Bereich der Ämter, von Arzt- und Zahnarztpraxen und im Bereich der Kinderbetreuung sowie zeitentlastende Unterstützungsmaßnahmen. Langfristig soll der Modellversuch dazu beitragen, daß Zeitkonflikte in den Städten für alle Bevölkerungsgruppen entzerrt werden. Maßnahmen, die diejenigen entlasten, die am stärksten mit Zeitnöten zu kämpfen haben, bedeuten auch für alle anderen eine Entlastung und letztlich mehr Lebensqualität.

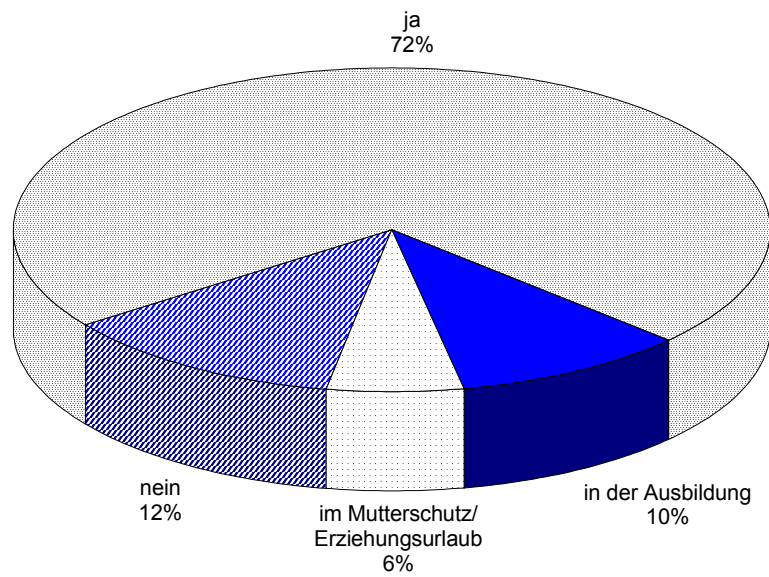
B FORSCHUNGSERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

1. Familienstruktur und Berufstätigkeit im Untersuchungsgebiet

Die im Ortsamtsbereich Barmbek-Uhlenhorst durchgeführte schriftliche Repräsentativ-Befragung spiegelt die allgemeine gesellschaftliche Situation:

- Die Mehrzahl der befragten Frauen in Barmbek-Uhlenhorst ist berufstätig, im Mutterschutz/ Erziehungsurlaub oder in der Ausbildung. Nur etwa jede achte Frau ist z.Z. nicht berufstätig.
- Zwei Drittel der Frauen haben ein oder mehrere Kinder, die allerdings z.T. schon erwachsen bzw. aus dem Elternhaus ausgezogen sind. Nur ein Viertel der Frauen lebt mit Kindern unter 16 Jahren im eigenen Haushalt zusammen. Dieses Befragungsergebnis deckt sich annähernd mit der durchschnittlichen Haushaltsstruktur in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin.
- Jede zweite Frau ist von der Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie betroffen, da sie
 - berufstätige Mutter von unter 16jährigen Kindern ist,
 - Mutter von unter 16jährigen Kindern ist und die Berufstätigkeit plant oder in Erwägung zieht (berufsorientiert) oder
 - berufstätig ist und eine Familiengründung plant oder in Erwägung zieht (familienorientiert).
- Für die Berufstätigkeit geben fast alle Frauen mehrere Gründe an. Unabhängig von der persönlichen Familien- und Haushaltssituation ist der am häufigsten genannte Grund (75% der Frauen), „finanziell darauf angewiesen zu sein“. Für 40% der Frauen gehört die Berufstätigkeit zur Lebensplanung. Daneben spielen push-Faktoren wie die Angst, beruflich den Anschluß zu verlieren, oder die Unterforderung/Isolation zu Hause eine Rolle bei der Entscheidung für den Beruf.

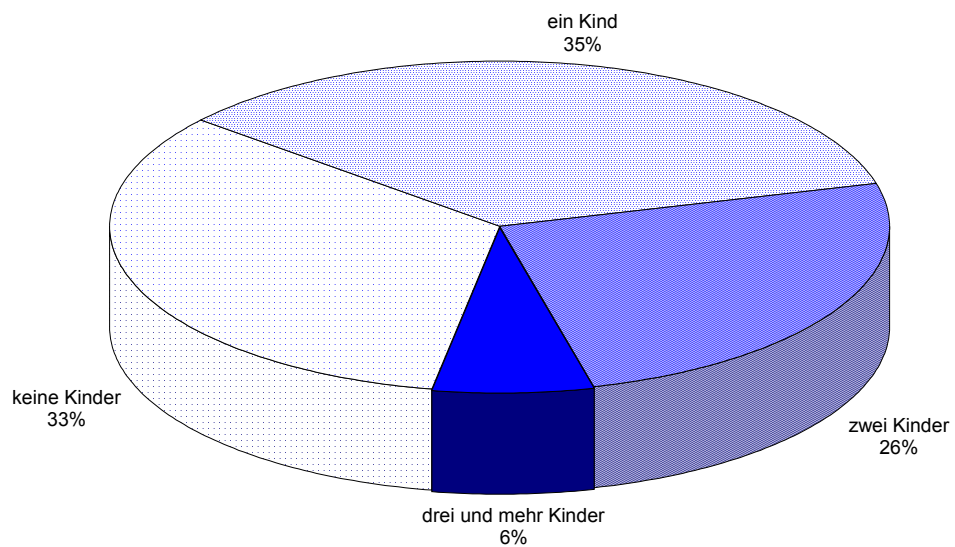
Sind Sie berufstätig?



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

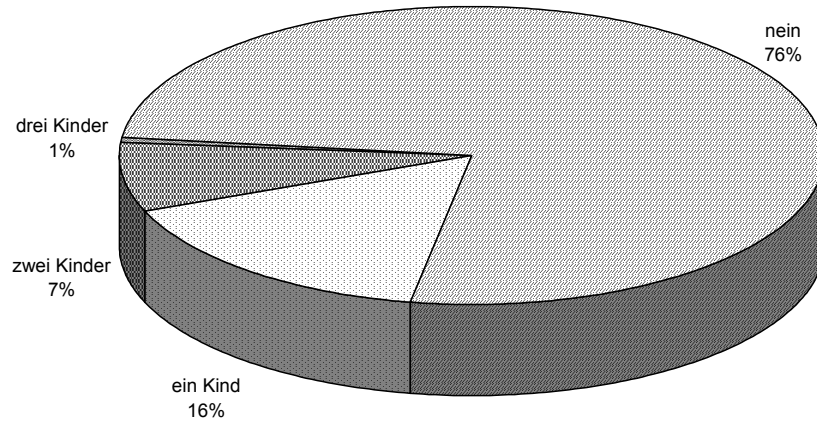
Anzahl der Kinder insgesamt



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

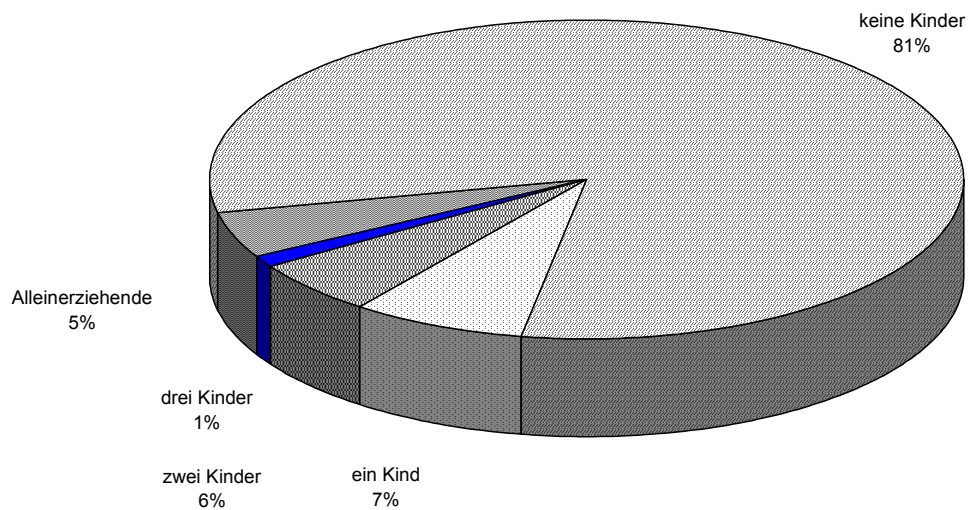
Wohnen in Ihrem Haushalt Kinder unter 16 Jahren?



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Haushaltsstruktur in den Stadtstaaten



Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988

empirica

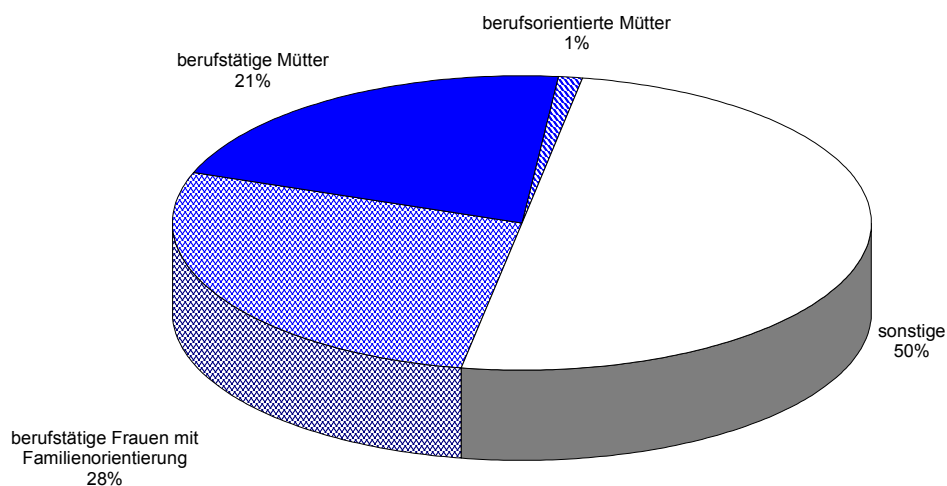
Die **Kerngruppe** (berufstätige und berufsorientierte Frauen und Mütter) umfaßt folgende Teilgruppen:

- **Berufstätige Mütter:** Frauen, die mindestens ein Kind haben und berufstätig (68%), in der Ausbildung (8%) oder im Mutterschutz (4%) bzw. Erziehungsurlaub (20%) sind;
- **Berufsorientierte Mütter:** Frauen, die mindestens ein Kind haben und gerne berufstätig wären, jedoch keine entsprechende Stelle oder keine geeignete Kinderbetreuung finden;
- **Berufstätige Frauen mit Familienorientierung:** Berufstätige Frauen, die noch keine Kinder haben, sich aber (später) ein oder mehrere Kinder wünschen.

Die **Restgruppe** umfaßt zwei Teilgruppen:

- Berufstätige Frauen, die kinderlos sind und auch keine Kinder möchten;
- Nichtberufstätige Mütter, die (vorerst) auch nicht berufstätig sein möchten.

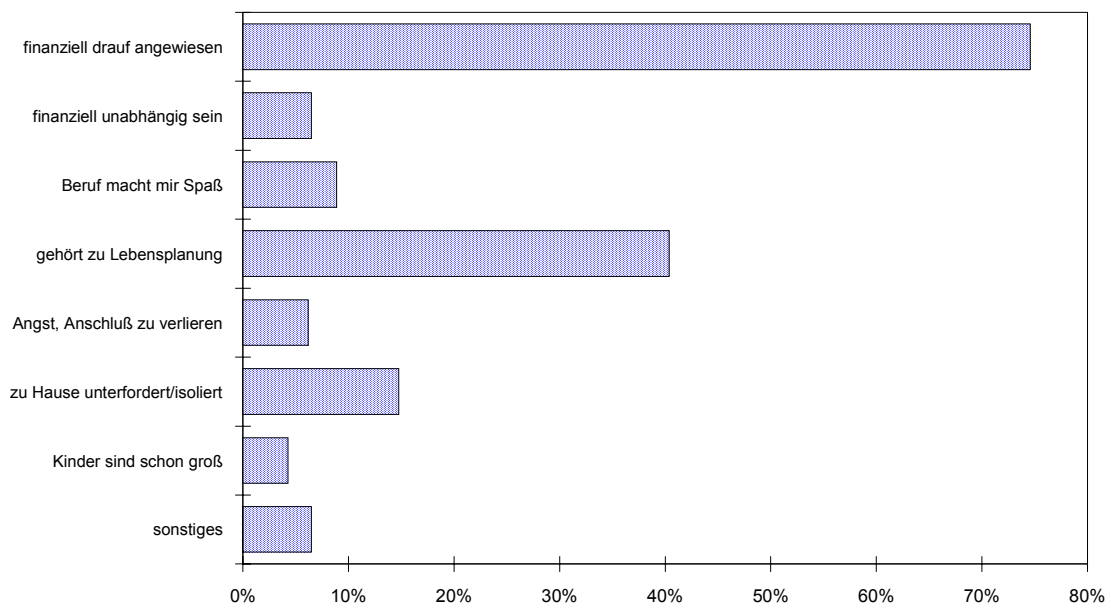
Anteil der berufstätigen und berufsorientierten Frauen und Mütter



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Welches sind die wichtigsten Gründe für Ihre Berufstätigkeit?
(Mehrfachnennungen enthalten)



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

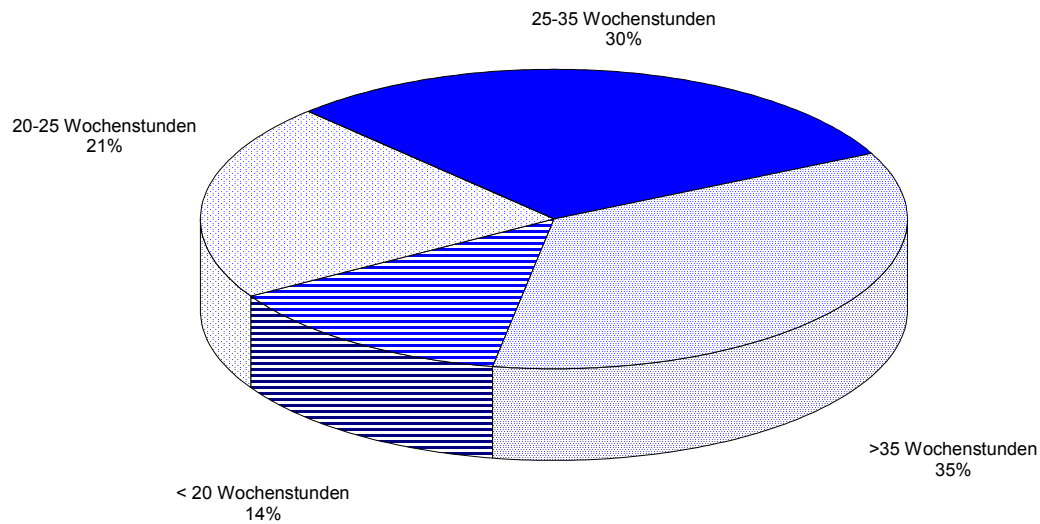
empirica

2. Teilzeitarbeit

Das „frauentypische“ Drei-Phasen-Modell der Berufstätigkeit - Ausbildung und erste Erwerbstätigkeit, Reduzierung oder Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nach der Geburt von Kindern sowie anschließende Rückkehr in die Arbeitswelt - hat auch heute noch Gewicht. Gleichzeitig gibt es aber immer mehr Mütter von kleinen Kindern, die ihre Berufstätigkeit nicht aufgeben (können). Der übliche Kompromiß im Konflikt zwischen den Beanspruchungen der Kindererziehung und der Erwerbstätigkeit ist die Teilzeitarbeit. Entsprechende Arbeitsplätze sind bezüglich der inhaltlichen Aufgabenstellung häufig weniger attraktiv, bieten weniger Aufstiegschancen und sind schlechter bezahlt.

Etwa zwei Drittel der in Hamburg befragten berufstätigen Frauen mit unter 16jährigen Kindern im Haushalt haben ihre Arbeitsstundenzahl reduziert: 30% auf 25-30 Wochenstunden, 21% auf 20-25 Wochenstunden und 14% auf weniger als 20 Wochenstunden. Im Unterschied dazu sind drei von vier berufstätigen Frauen, die keine jüngeren Kinder haben, Vollzeit beschäftigt.

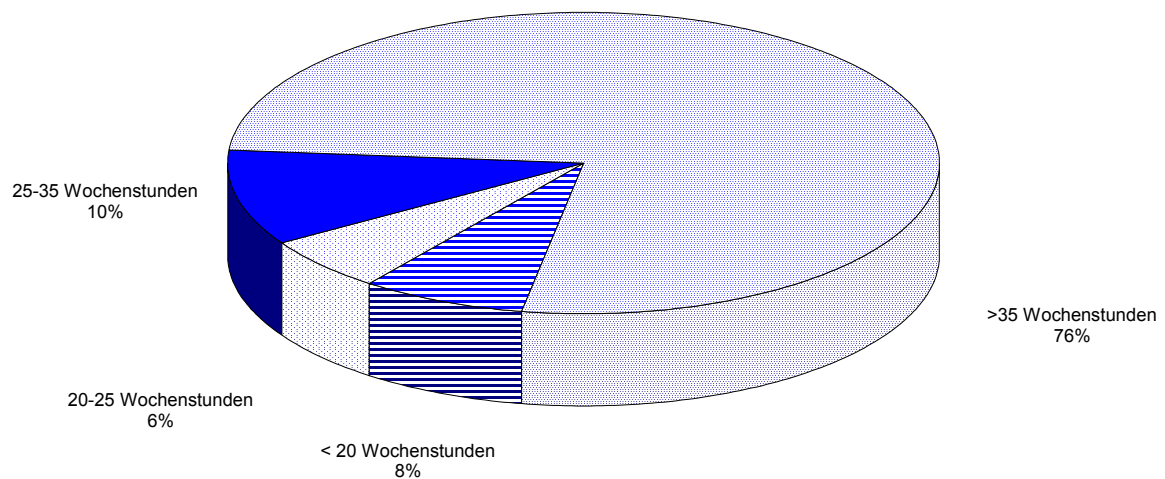
Wie viele Stunden sind Sie durchschnittlich pro Woche berufstätig?
Frauen mit Kindern im Haushalt



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Wie viele Stunden sind Sie durchschnittlich pro Woche berufstätig?
Frauen ohne Kinder im Haushalt



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

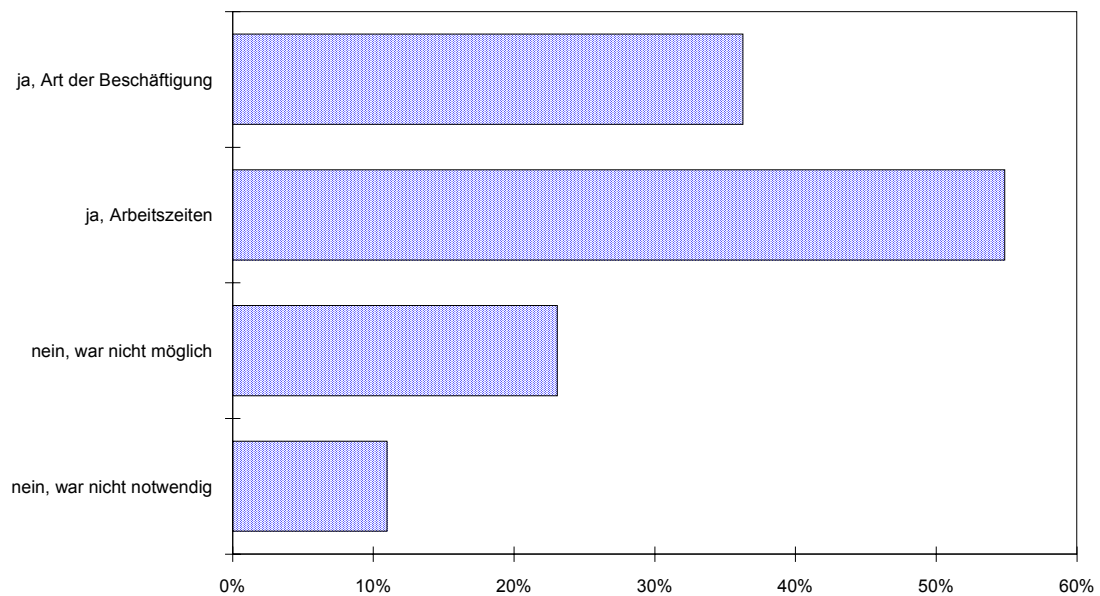
3. Kinderbetreuung und Beruf

Die Erwerbsquote der Frauen ist stark angestiegen. In den 80er Jahren hat die Beschäftigung der Frauen rascher zugenommen als die der Männer. Dennoch hat die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen weiterhin erhebliche Relevanz. Frauen tragen die Hauptlast der Kindererziehung sowie die Verantwortung für die Arbeiten und die Organisation des familiären Alltagslebens.

- Bei den meisten Frauen war die Familiengründung deshalb mit beruflichen Veränderungen verbunden. Fast sieben von zehn Frauen haben die Berufstätigkeit bezüglich der Art der Beschäftigung und/oder der Arbeitszeiten an ihre familiäre Situation angepaßt. Nur jede zehnte berufstätige Mutter gab an, eine berufliche Veränderung sei „nicht notwendig gewesen“.
- Die hohe zeitliche Belastung durch die Berufstätigkeit wird bei außergewöhnlichen Ereignissen besonders deutlich. Jede zweite berufstätige Mutter hat keine Möglichkeit, ihre Arbeitszeiten flexibel zu gestalten, wenn z.B. die Kinder einmal krank sind.
- Frauen sind nach wie vor die Hauptbetreuungsperson (neben Schule/Kindergarten) für ihre Kinder. 70% der Mütter verbringen überwiegend den Nachmittag mit den Kindern, 60% bleiben in den Schul-/Kindergartenferien zu Hause und fast 80% betreuen ihre Kinder im Krankheitsfall. Der Partner oder andere Erwachsene spielen nur eine untergeordnete Rolle in der Kinderbetreuung.

Die Hamburger Untersuchung zeigt, daß sich berufstätige Mütter, soweit es um die Rollenverteilung bei der Kinderbetreuung geht, kaum vom Durchschnitt aller befragten Mütter unterscheiden.

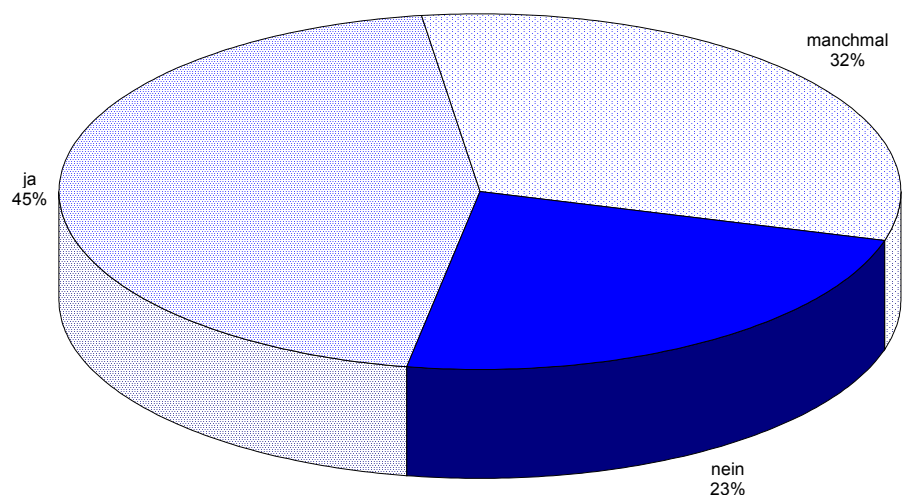
Haben Sie die Art Ihrer Beschäftigung oder die Arbeitszeiten nach Ihrer familiären Situation ausgerichtet? Frauen mit Kindern im Haushalt
(Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

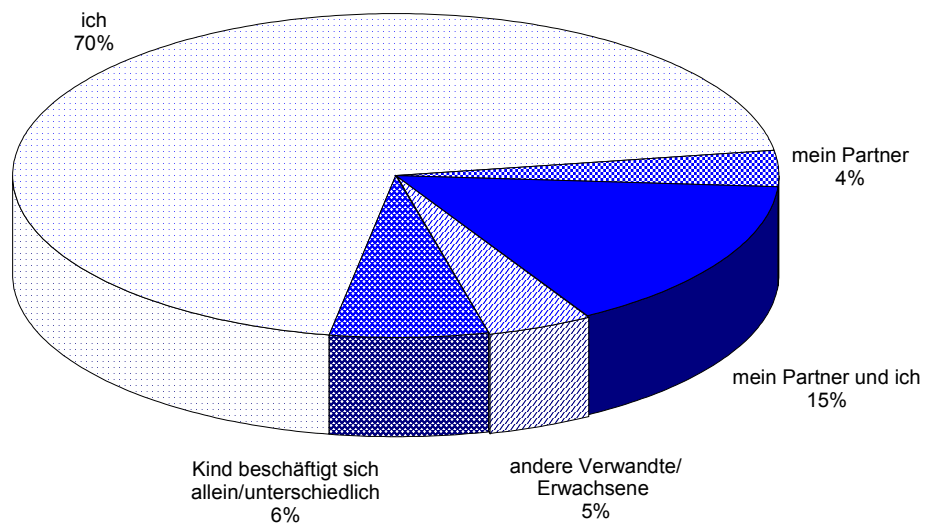
Haben Sie die Möglichkeit, bei außergewöhnlichen Ereignissen (z.B. Krankheit der Kinder), Ihre Arbeitszeiten flexibel zu gestalten? Frauen mit Kindern im Haushalt



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

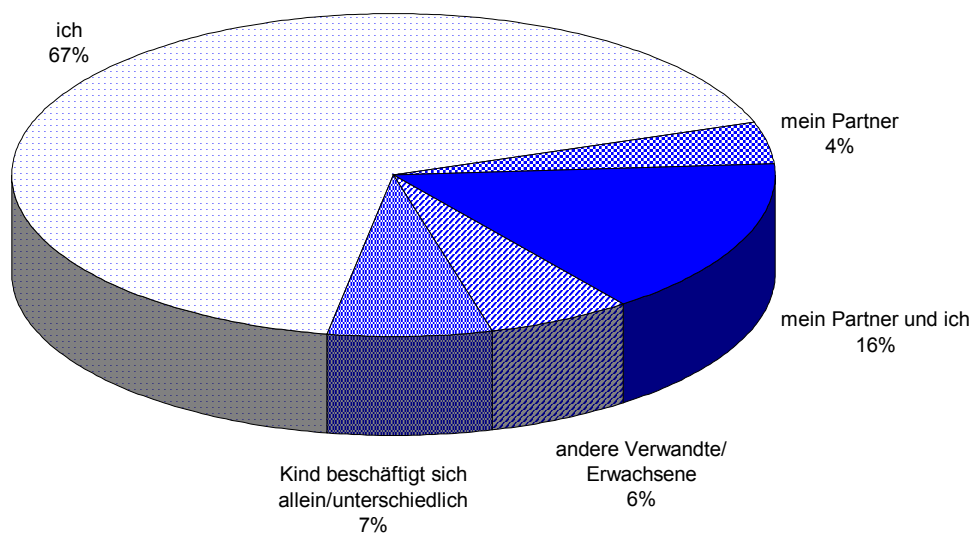
Wer verbringt nach der Schule/Kindergarten überwiegend den Nachmittag mit den Kindern?



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

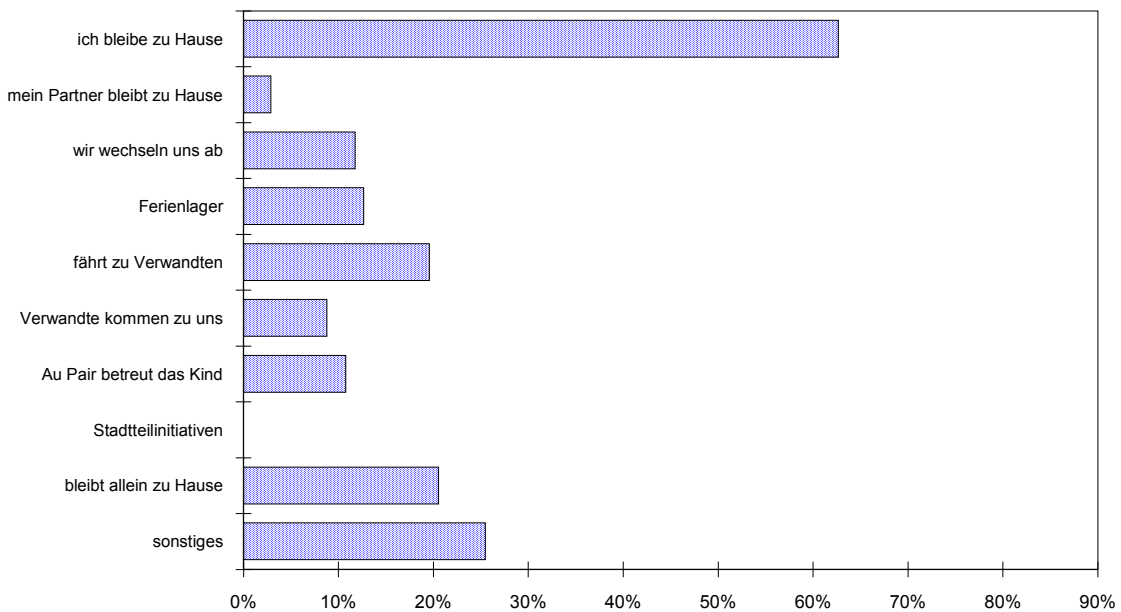
Wer verbringt nach der Schule/Kindergarten überwiegend den Nachmittag mit den Kindern? Berufstätige Mütter



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

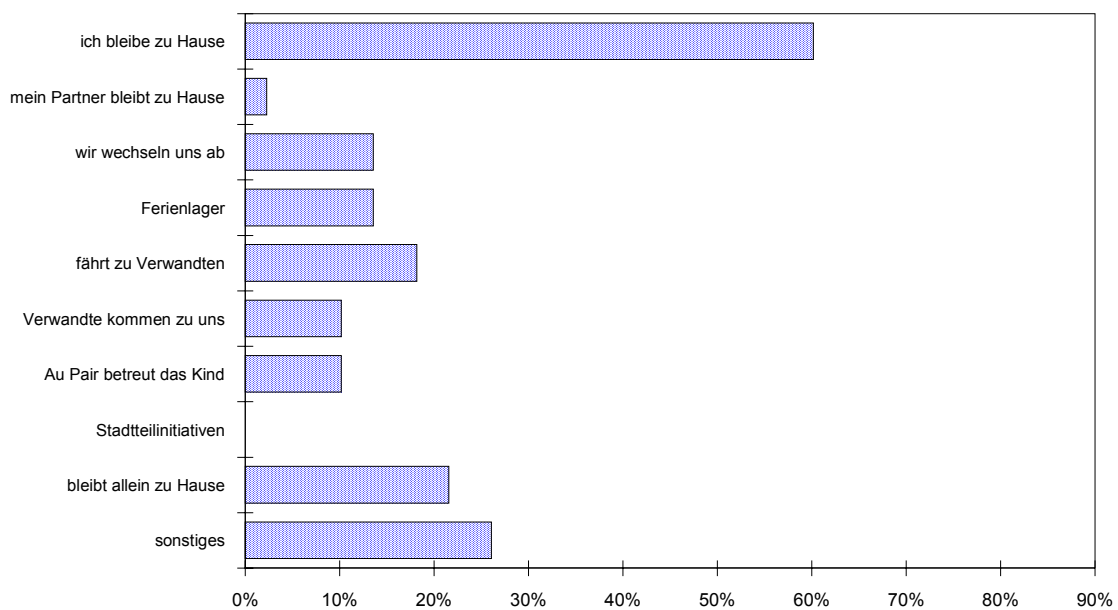
Wie ist die Kinderbetreuung in den Schul-/Kindergartenferien geregelt? (Mehrfachnennungen enthalten)



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

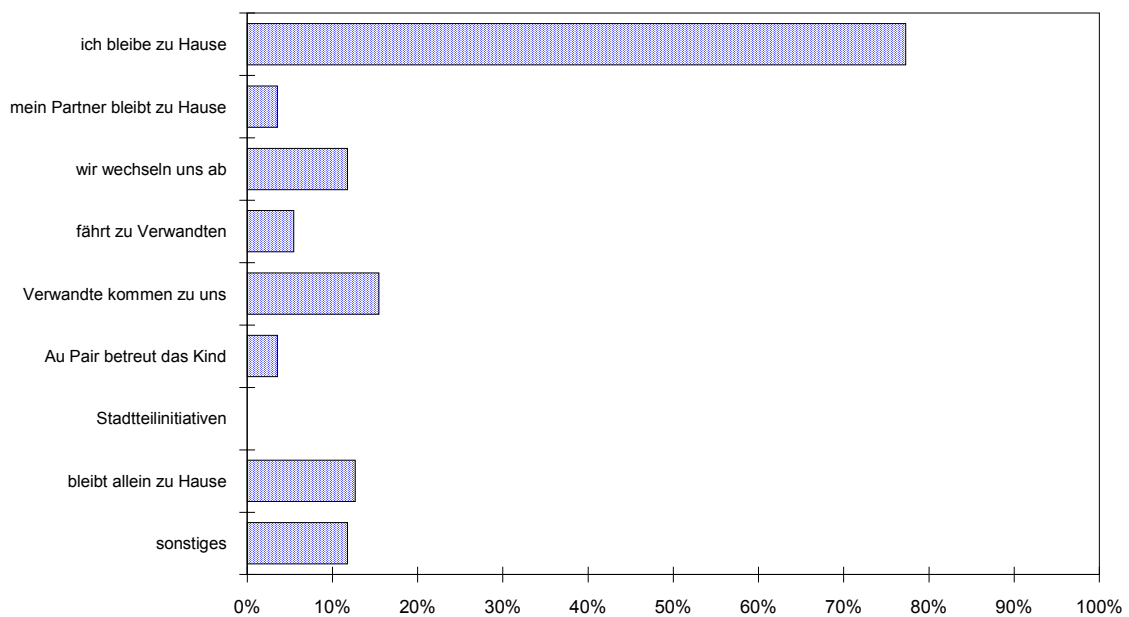
Wie ist die Kinderbetreuung in den Schul-/Kindergartenferien geregelt? Berufstätige Mütter (Mehrfachnennungen enthalten)



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

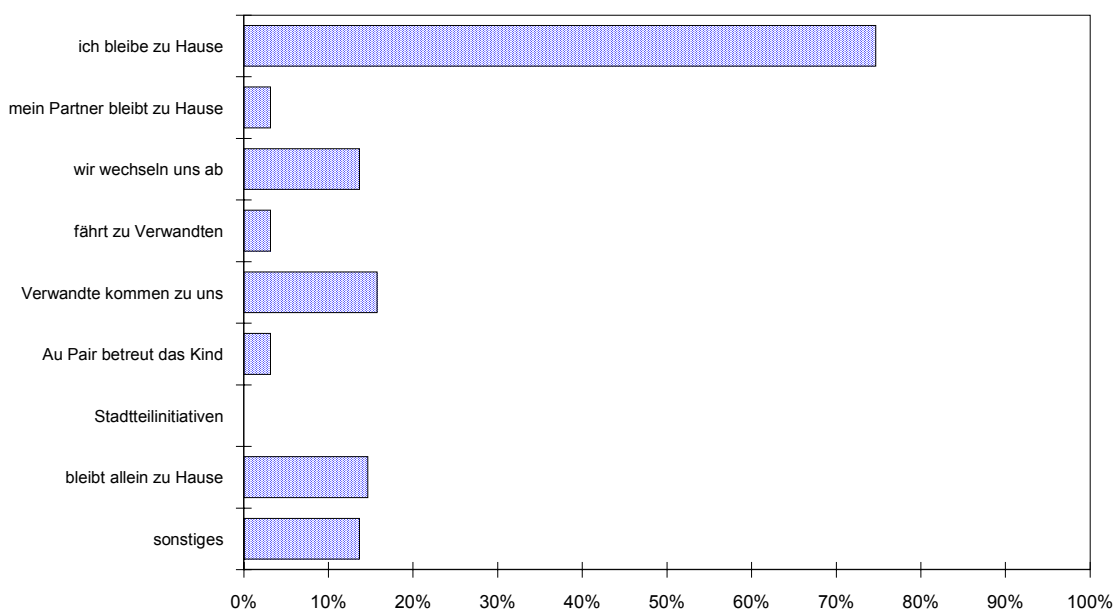
Wie ist die Kinderbetreuung geregelt, wenn die Kinder einmal krank sind?
(Mehrfachnennungen enthalten)



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Wie ist die Kinderbetreuung geregelt, wenn die Kinder einmal krank sind?
Berufstätige Mütter (Mehrfachnennungen enthalten)



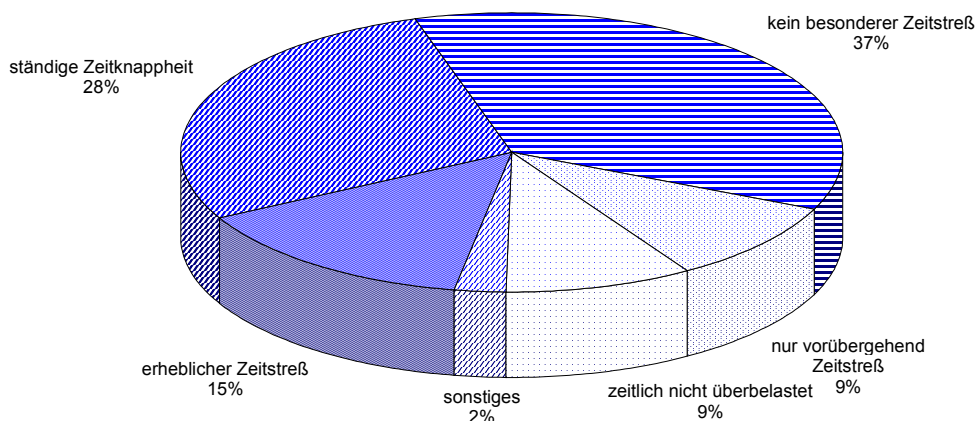
Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

4. Persönliche Lebenssituation und Zeitstreß

- Der tägliche Zeitstreß wird von allen Frauen als drückend empfunden. Nur jede zehnte Frau ist zeitlich nicht überlastet. Vier von zehn Frauen klagen sogar über „ständige Zeitknappheit“ oder „erheblichen Zeitstreß“. Bemerkenswert ist, daß etwa ein Drittel der Befragten ihren Zeitstreß als „normalen Zustand“ empfindet.
- Deutlich erhöht ist der Zeitstreß bei berufstätigen im Vergleich zu nichtberufstätigen Müttern. Fast zwei Drittel der berufstätigen Mütter beklagen „erheblichen Zeitstreß“ oder „ständige Zeitknappheit“, während dies bei nichtberufstätigen Müttern nur bei gut einem Drittel der Fall ist.
- Der wichtigste Grund für den Zeitstreß ist die hohe berufliche Inanspruchnahme. Bei vielen kommen die familiäre und die finanzielle Situation als Streßfaktoren hinzu.
- Gut die Hälfte der Frauen erwägt, weitere Kinder oder überhaupt ein Kind zu bekommen. Allerdings ist bei vielen die Familienplanung noch sehr ungewiß. Der Hauptgrund für die Unentschlossenheit sind offenbar die Schwierigkeiten, die bei einer Kombination von Berufstätigkeit und Familie auftreten bzw. erwartet werden. 94% der Frauen, die bezüglich (weiterer) Kinder noch unentschlossen sind, sind berufstätig.

"Zeitstreß" - wie empfinden Sie Ihre persönliche Situation?

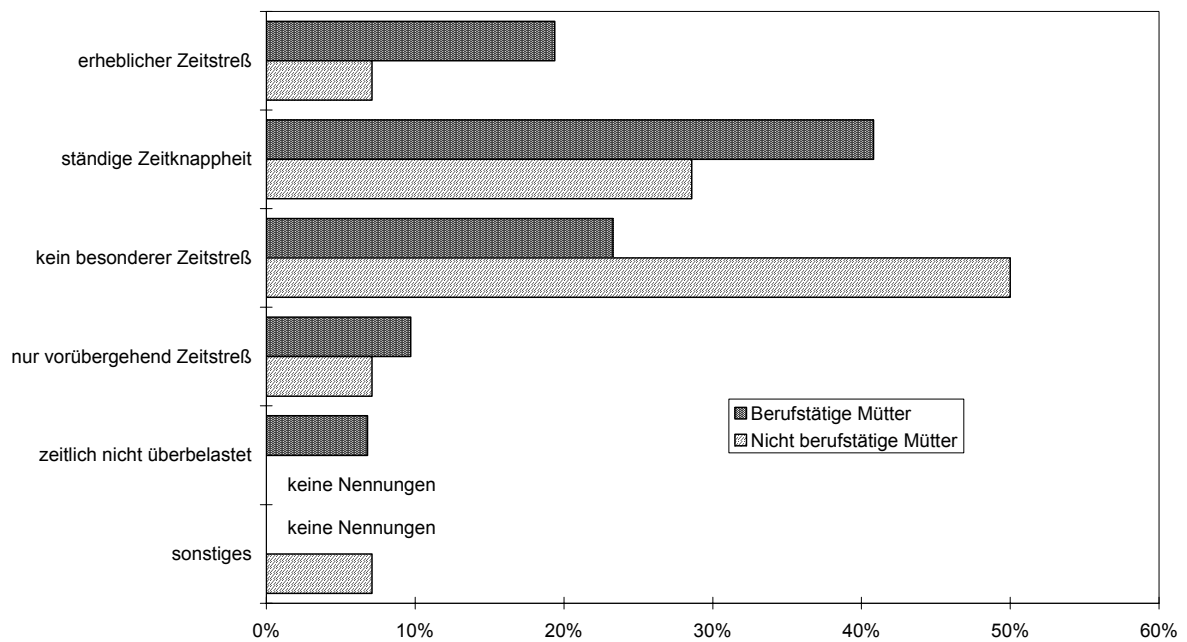


Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

"Zeitstreß" - wie empfinden Sie Ihre persönliche Situation?

Berufstätige und nichtberufstätige Mütter im Vergleich

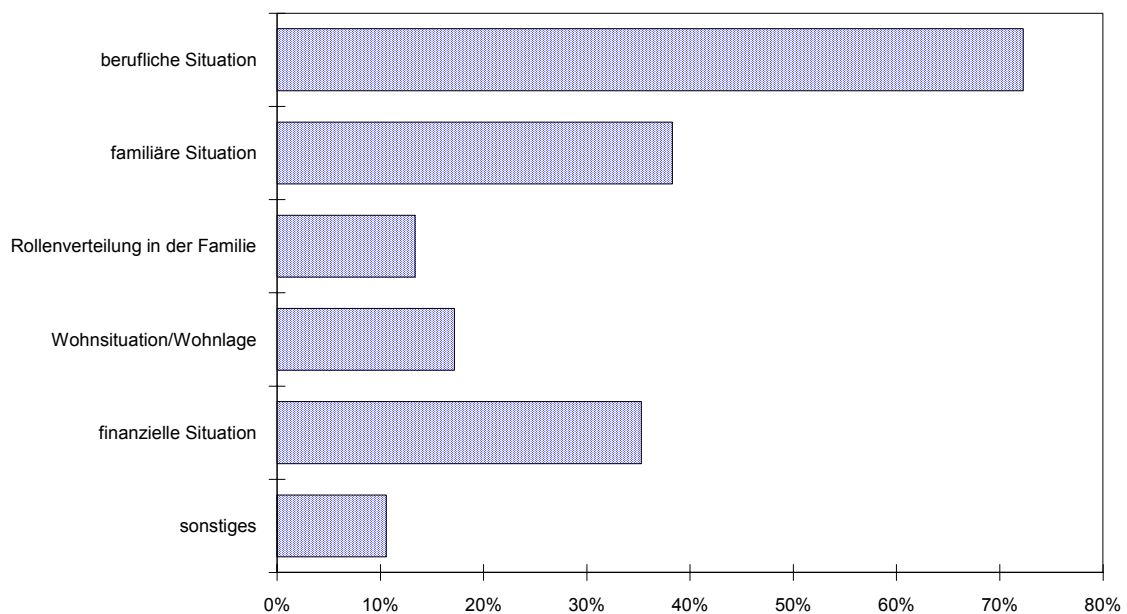


Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Welches sind die wichtigsten Gründe für Ihren Zeitstreß?

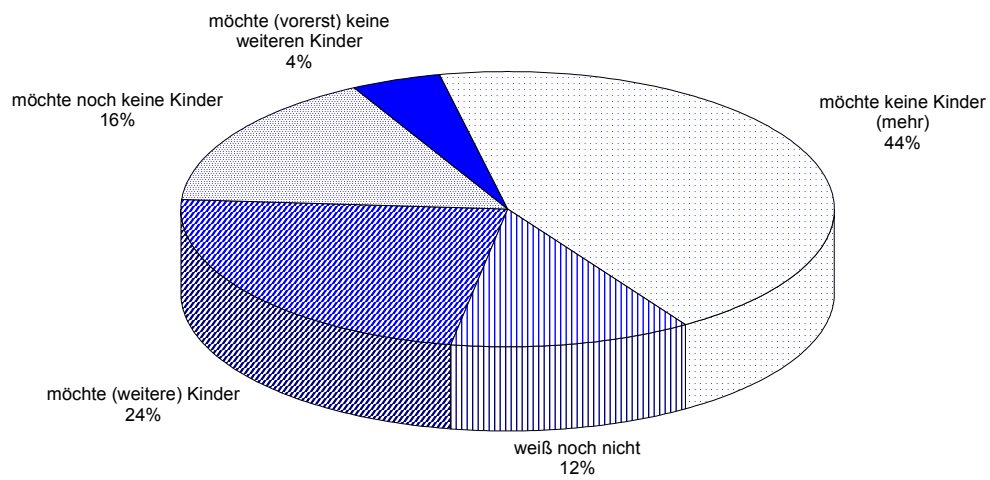
(Mehrfachnennungen enthalten)



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Möchten Sie (noch weitere) Kinder?

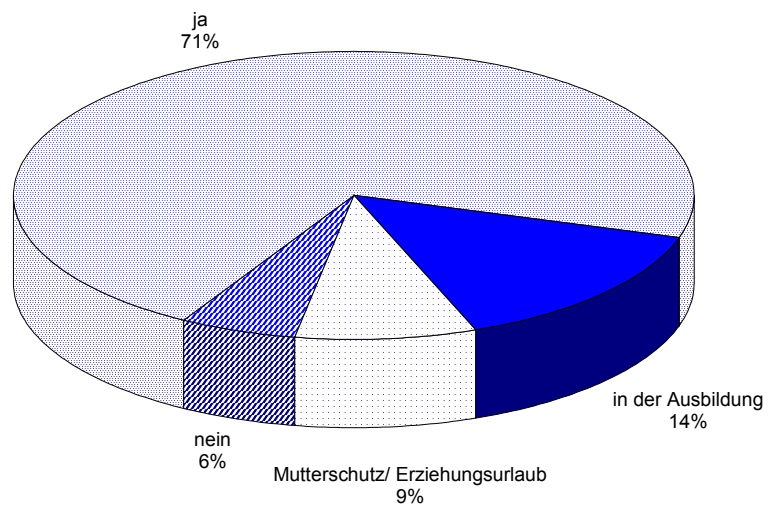


Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Sind Sie berufstätig?

Frauen, die bezüglich weiterer Kinder noch unentschlossen sind



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

5. Bewertung der vorhandenen Dienstleistungsangebote und -zeiten

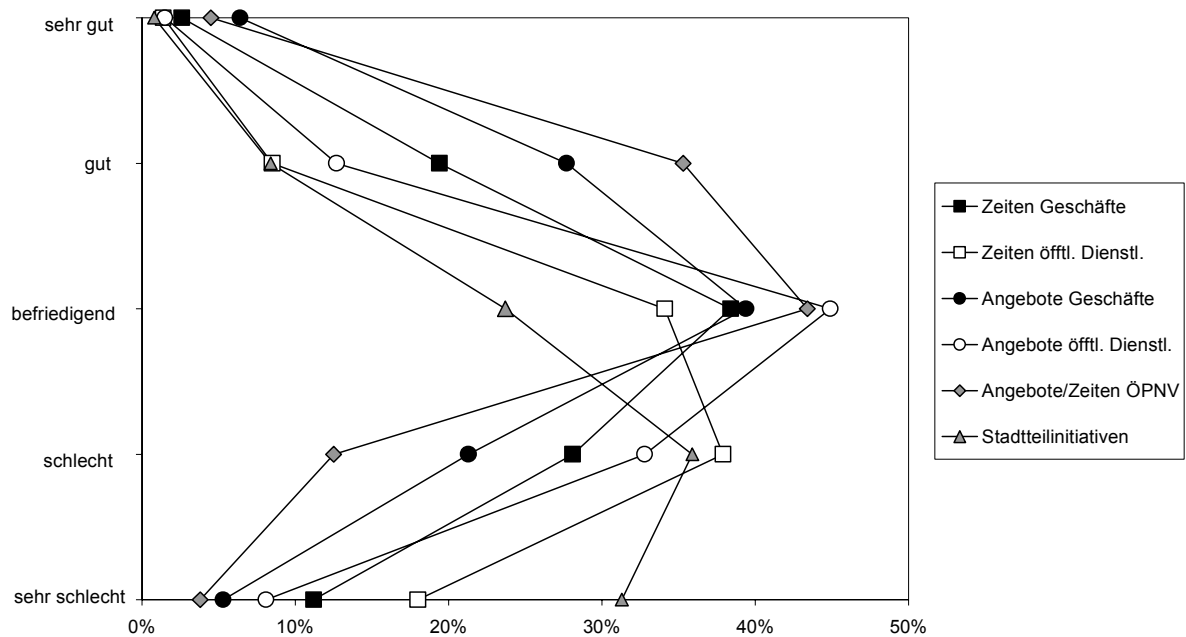
Trotz der hohen zeitlichen Belastung beurteilen die meisten Frauen ihr persönliches Umfeld als gut oder befriedigend. Sie haben ihre familiäre und berufliche Situation so gut es ging aufeinander abgestimmt. „Schlechte Noten“ erhalten dagegen die äußeren Rahmenbedingungen, also Dienstleistungsangebote und -zeiten. Die Öffnungszeiten/Sprechstunden und die Angebote der öffentlichen Dienstleistungen werden dabei noch schlechter als die der privaten Anbieter bewertet. Bemängelt wird ein Defizit an Stadtteilinitiativen⁴, dabei ergaben qualitative Befragungen vor Ort, daß die vorhandenen Angebote z.T. über einen sehr geringen Bekanntheitsgrad in der Nachbarschaft verfügen.

- Die meisten Frauen nutzen regelmäßig oder gelegentlich den langen Donnerstag und/oder den Samstag für Einkäufe oder Erledigungen⁵. Nur jede zehnte Frau nutzt keinen der beiden Tage.
- Die meisten Barmbek-Uhlenhorsterinnen orientieren sich stark an den Dienstleistungsangeboten vor der eigenen Haustür. Die vorhandenen Geschäfte, Banken/Sparkassen sowie Sportvereine/ Schwimmbäder werden mindestens einmal wöchentlich genutzt.
- Frauen mit Kindern nutzen, wenn möglich, die Dienstleistungen bzw. Freizeiteinrichtungen ohne ihre Kinder. Nur zum Sport nimmt mehr als die Hälfte der Frauen ihre Kinder mit.

⁴ Bei Stadtteilinitiativen gibt es allerdings nur 40 % Nennungen im Unterschied zu mindestens 80 % Nennungen bei allen anderen Bereichen.

⁵ Die Befragung fand zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die Änderung des Ladenschlußgesetzes noch nicht absehbar war.

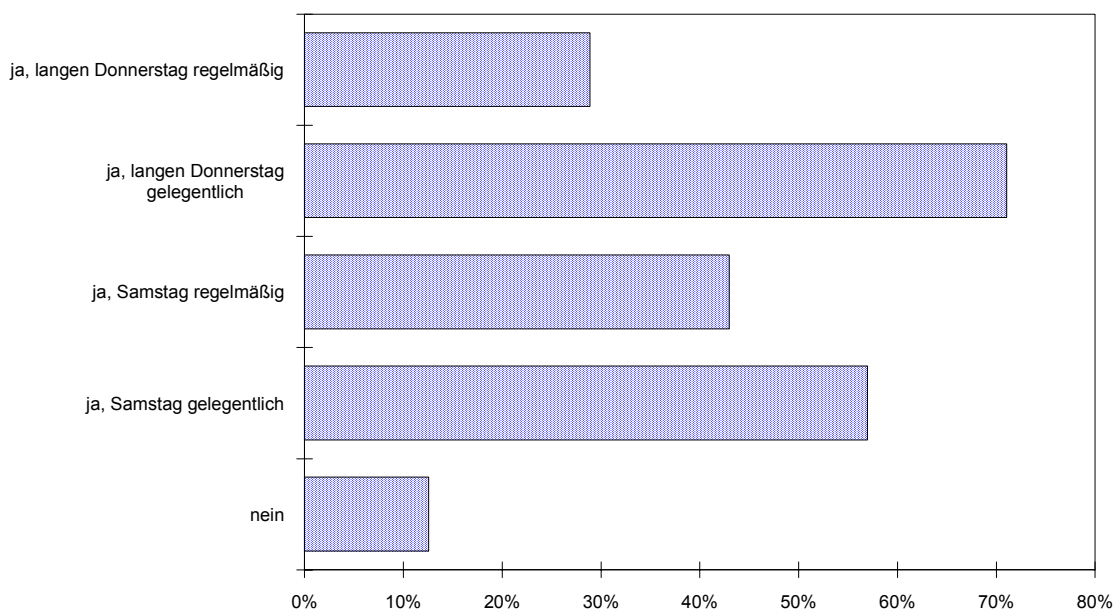
Angebote - Zeiten: Welche der folgenden Bereiche empfinden Sie als besonders gut oder als besonders schlecht?



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Nutzen Sie regelmäßig den "langen Donnerstag" oder den Samstag für Erledigungen?

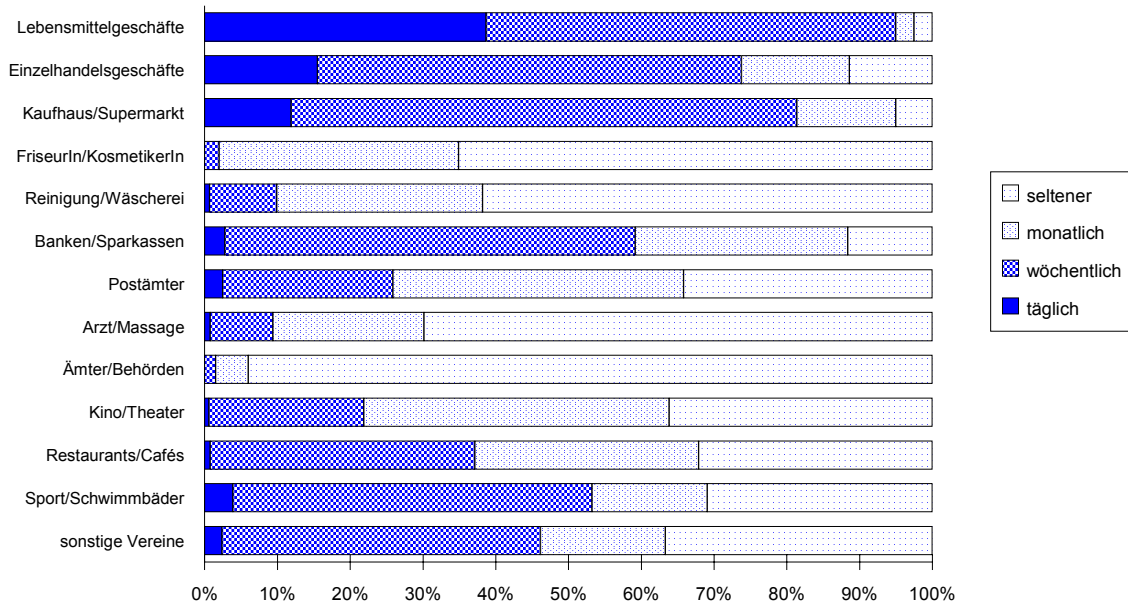


Anmerkung: Die Befragung fand vor der Änderung des Ladenschlußgesetzes statt. Es war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar, welche neuen Zeitregelungen sich ergeben würden.

Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

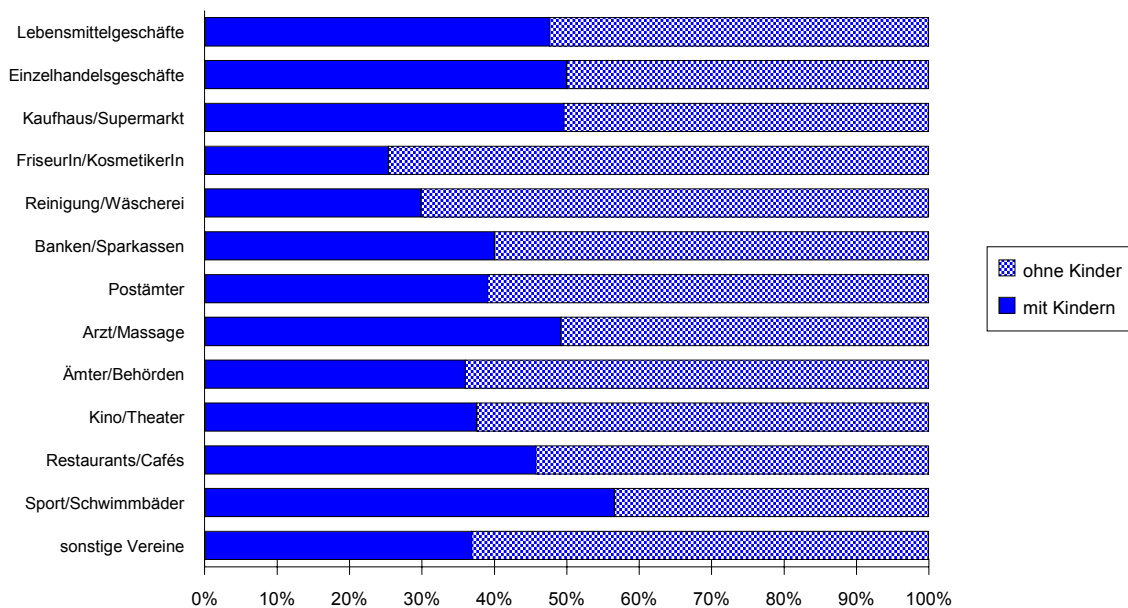
Wie häufig nutzen Sie die Dienstleistungen in Barmbek-Uhlenhorst? Zu welchen Freizeitaktivitäten gehen Sie oder Ihre Kinder?



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Nutzen Sie die Dienstleistungen bzw. Freizeitaktivitäten in Barmbek-Uhlenhorst mit oder ohne Kinder?



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

6. Gewünschte Öffnungszeiten bzw. Sprechstunden im Dienstleistungsbereich

An normalen Wochentagen sollten die **Geschäfte des Einzelhandels** nach dem Wunsch der Frauen länger geöffnet haben. Die Zahl der Frauen, die sich für verlängerte Öffnungszeiten bis 20.00 Uhr aussprechen⁶, ist sogar höher, als die durchschnittliche Nutzungsfrequenz in den Nachmittagsstunden. Samstags würden Frauen lieber am frühen Nachmittag Einkäufe tätigen. Dieses Ergebnis entspricht den Erfahrungen von Geschäften, die lt. Befragung in Barmbek-Uhlenhorst an „normalen Samstagen“ erst ab etwa 11.00 Uhr und an „langen Samstagen“ zwischen 11.00 und 15.00 Uhr ein hohes Kundenaufkommen verzeichnen.

Die Öffnungszeiten der **Banken und Sparkassen** waren zum Zeitpunkt der Untersuchung den Öffnungszeiten des Einzelhandels nicht angepaßt. Üblich war eine Mittagspause zwischen 13 und 14.30 Uhr sowie eine maximale Öffnungszeit bis 16 Uhr. Nur in Ausnahmefällen fand eine Ausdehnung der Öffnungszeiten am langen Donnerstag bis 18 Uhr statt. Die Öffnungszeiten von Banken und Sparkassen sind weitgehend bekannt. Etwa 85% der befragten Frauen gaben an, zu wissen, wann die Filialen geöffnet sind. Die über Jahre hinweg einheitlichen Öffnungszeiten sind damit an sich zwar nicht unbedingt nutzerfreundlich, führen aber zu einer Verinnerlichung der Zeiten, die in die täglich Planung eingeht. Der „Streßfaktor“, vor einer geschlossenen Filiale zu stehen und geplante Erledigungen auf einen späteren Zeitpunkt verschieben zu müssen, tritt daher eher selten auf. Im Untersuchungsgebiet gibt es 22 Banken und Sparkassen mit einem Service-Raum, in dem unabhängig von den Öffnungszeiten Geld abgehoben werden kann. Zum Teil lassen sich an entsprechenden Terminals darüber hinaus weitere Bankgeschäfte abwickeln. Gespräche mit Kundinnen vor den Filialen ergaben, daß die Bankautomaten von den Frauen vorbehaltlos genutzt werden. Einige Geldgeschäfte sind daher unabhängig von den Öffnungszeiten zu erledigen. Eine Verlängerung der Schalteröffnungszeiten bis 18 Uhr würde dennoch von rd. der Hälfte der befragten Frauen begrüßt, um Angelegenheiten zu klären, die sich nicht am Terminal erledigen lassen.

Die meisten **Behördengänge** werden an normalen Wochentagen zwischen 8 und 9 Uhr erledigt. Dabei kollidieren die behördlichen Anfangsöffnungszeiten mit Schul- und Kindergartenanfangszeiten ebenso wie mit den üblichen Arbeitszeiten. Da Behördengänge nicht zu den täglichen Aufgaben gehören, wird versucht, diesen zusätzlichen Weg vor oder nach dem täglichen Pensum einzuschieben. Großen Anklang fanden daher die verlängerten Öffnungszeiten am langen Donnerstag. Auch für die normalen Wochentage wird eine Verlängerung der Öffnungszeiten in den Abendstunden, insbesondere zwischen 17 und 19 Uhr und mor-

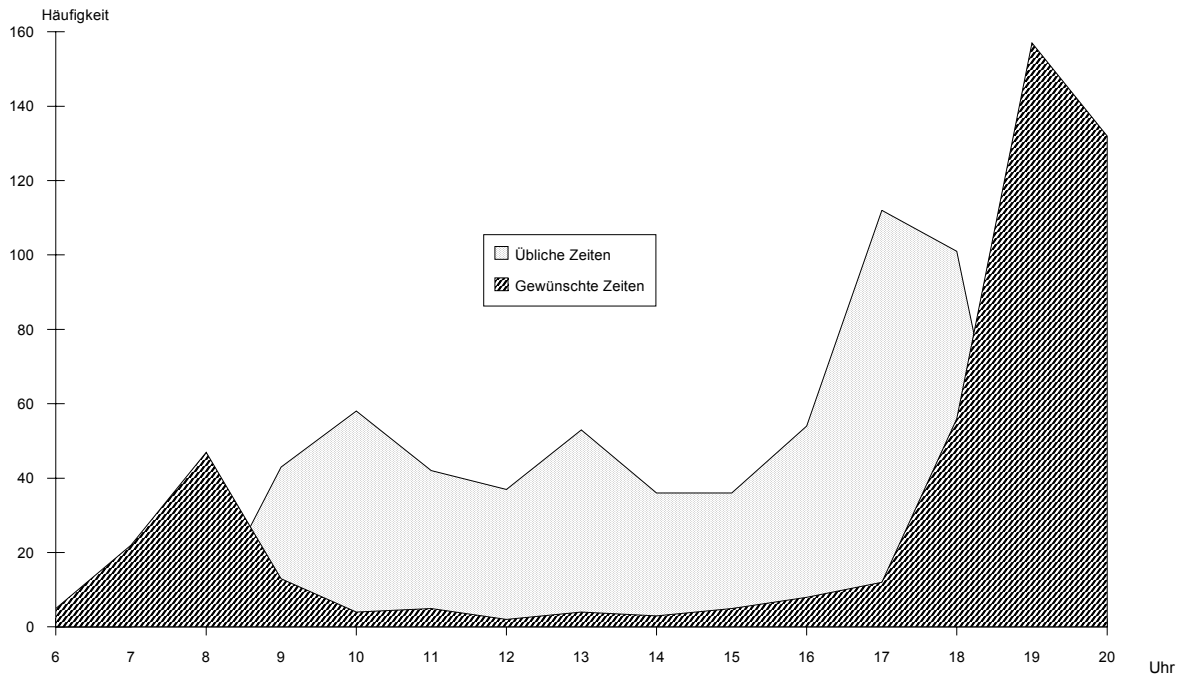
⁶ Die Befragung fand zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die Änderung des Ladenschlußgesetzes noch nicht absehbar war.

gens ab 7 Uhr gewünscht. Einige Frauen würden Behördengänge lieber am Samstagvormittag zwischen 9 und 11 Uhr erledigen.

Ähnlich wie Behördengänge gehören **Arztbesuche** zu den Ausnahmen im Tagesablauf. Auch hier müssen in der Regel Wartezeiten in Kauf genommen werden, die zu zusätzlichem Zeitstreß führen. Entsprechend den üblichen Praxisöffnungszeiten werden Arztbesuche überwiegend zwischen 8 und 10 Uhr morgens und, soweit Nachmittagssprechstunden angeboten werden, zwischen 16 und 18 Uhr erledigt. Auch hier wird eine Verlängerung der Öffnungszeiten über die Kernzeiten von Arbeit und Kinderbetreuung hinaus gewünscht, insbesondere abends zwischen 18 und 19 Uhr, geringfügiger morgens ab 7 Uhr. Auch nach Öffnungszeiten am Samstag zwischen 9 und 11 Uhr wurde Bedarf geäußert.

Einkäufe/Erledigungen

Übliche und gewünschte Zeiten an normalen Wochentagen



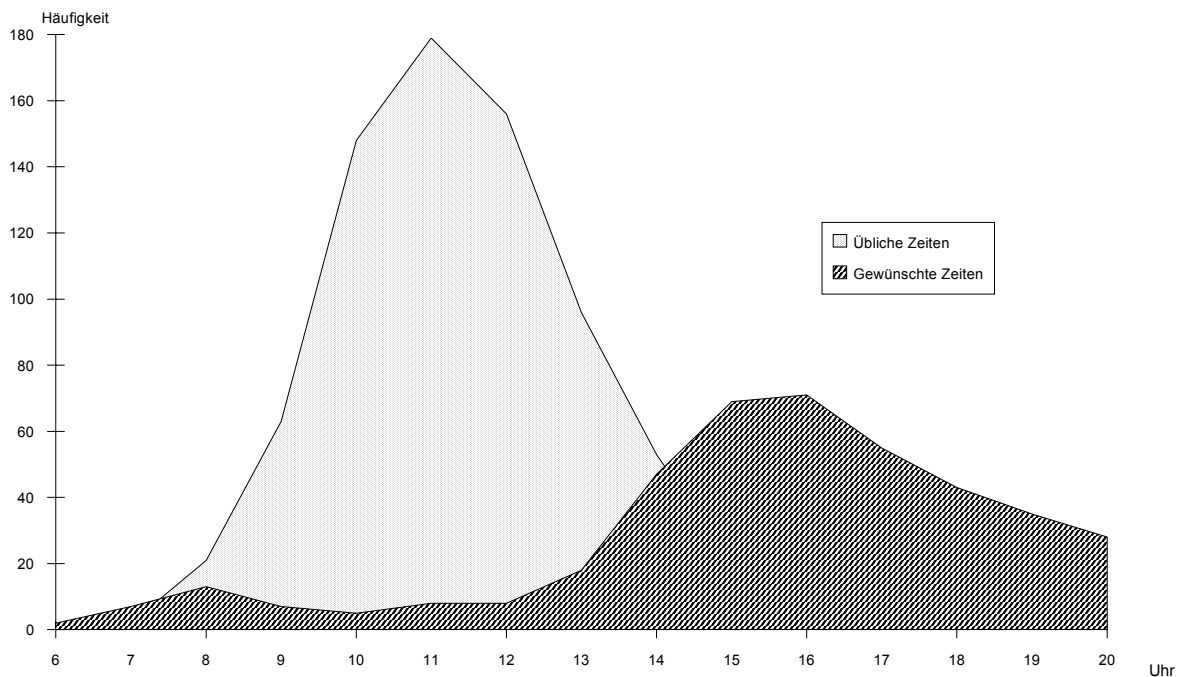
Anmerkung: Die Befragung fand vor der Änderung des Ladenschlußgesetzes statt. Es war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar, welche neuen Zeitregelungen sich ergeben würden.

Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Einkäufe/Erledigungen

Übliche und gewünschte Zeiten am Samstag

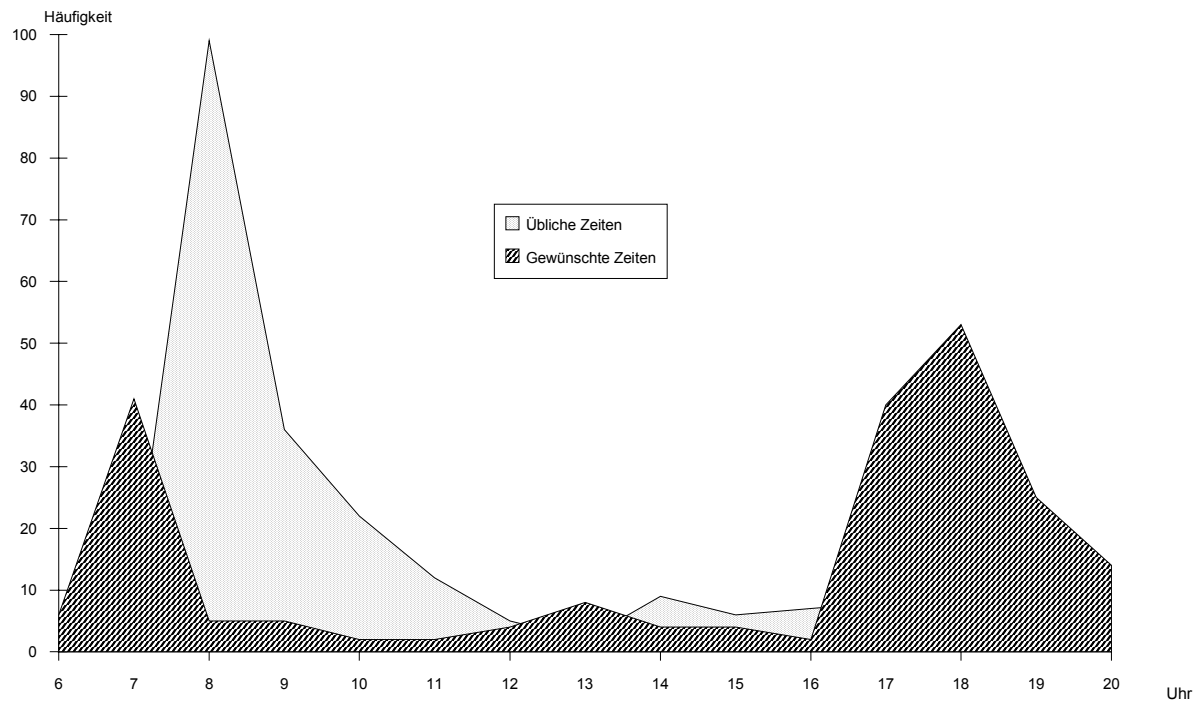


Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Ämter

Übliche und gewünschte Zeiten an normalen Wochentagen

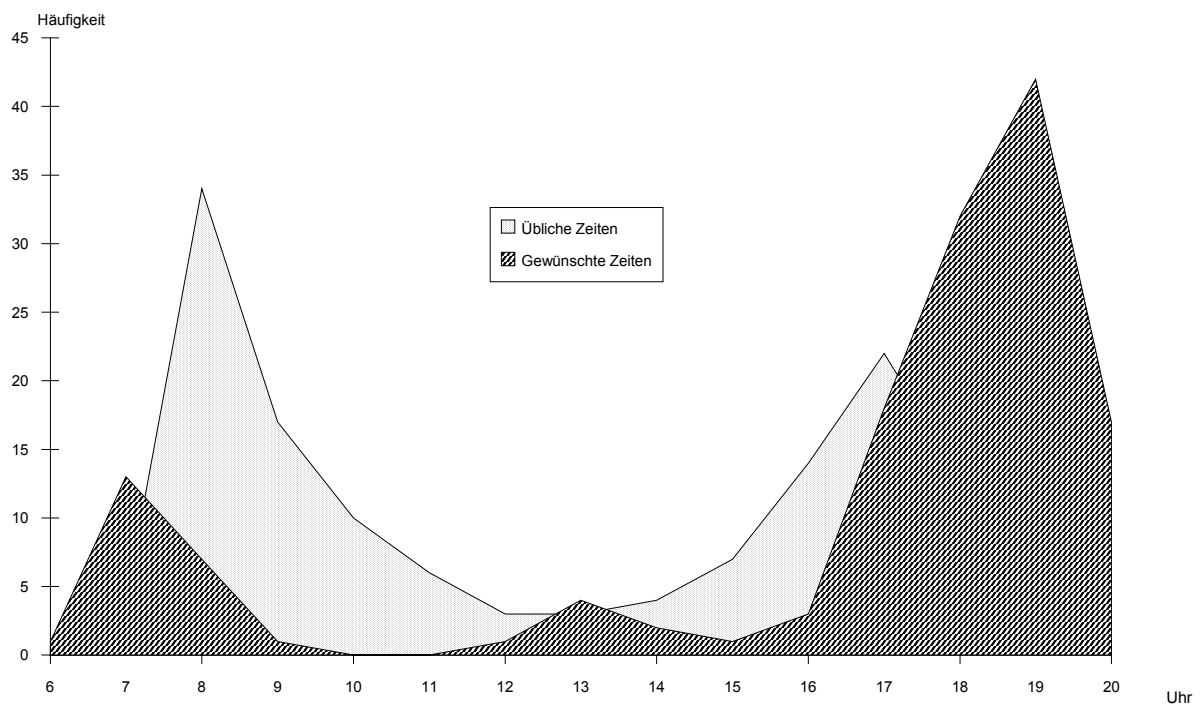


Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Ämter

Übliche und gewünschte Zeiten am langen Donnerstag

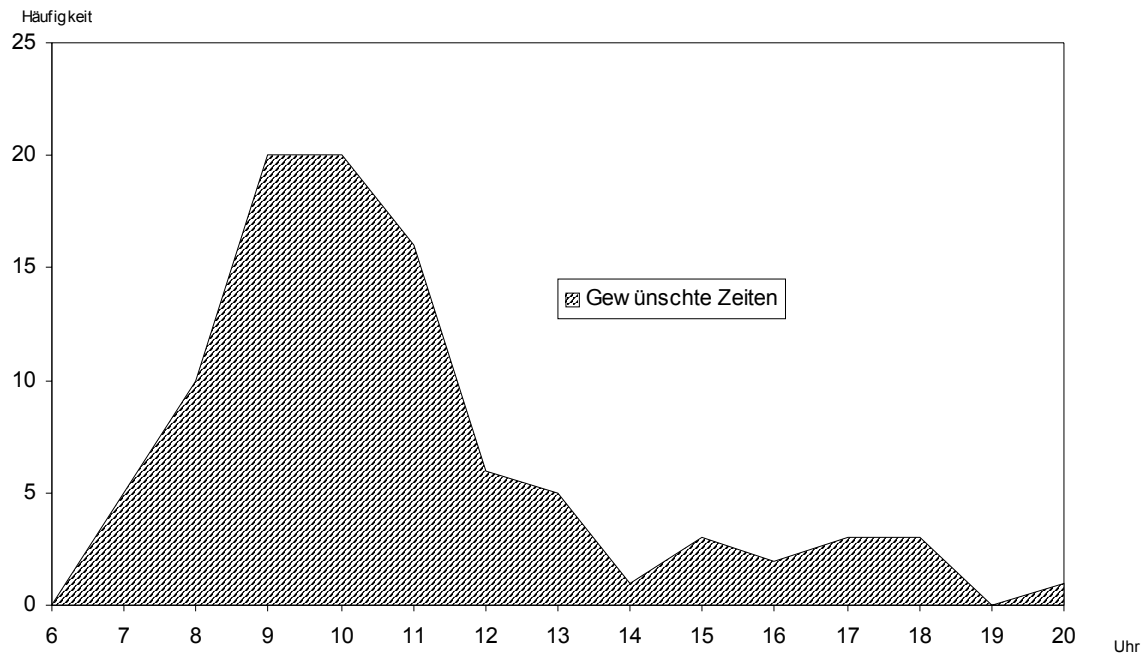


Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Ämter

Gewünschte Zeiten an Samstagen

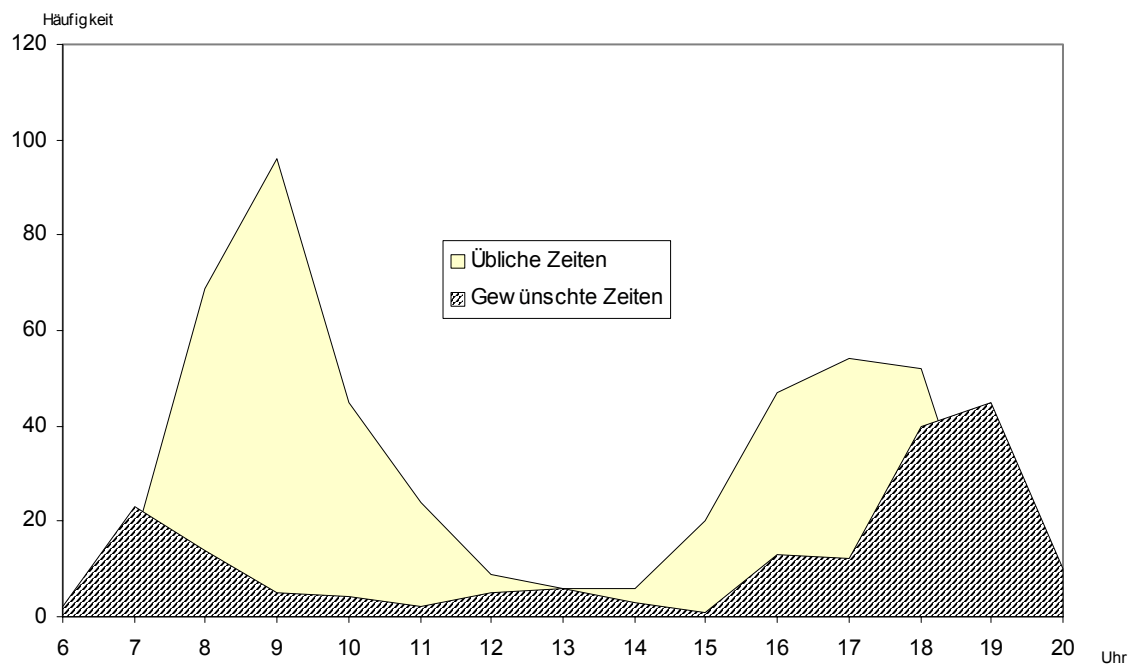


Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Arztbesuche

Übliche und gewünschte Zeiten an normalen Wochentagen



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

7. Gewünschte ergänzende Öffnungszeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen

7.1 Ergebnisse der Expertengespräche mit Zeitnachfragerinnen

Die Expertengespräche im Vorfeld der Untersuchung und im Rahmen eines Workshops haben zu folgenden Kernergebnissen geführt:

- Als Hauptdefizit wurde das Nichtvorhandensein von **flexiblen Betreuungszeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen** genannt. Ca. 80% der befragten Expertinnen haben bemängelt, daß man die Kinder nicht stundenweise oder tageweise unterbringen kann, um beispielsweise Arztbesuche, Einkäufe, Behördengänge etc. zu erledigen. Die flexiblen Betreuungszeiten spielen aus Sicht der Expertinnen vor allem für „Notsituationen“ (= ungeplante Ereignisse wie Krankheit der Mutter u.ä.) eine Rolle.
- Mehr als die Hälfte dieser Expertinnen kritisieren, daß viele Betreuungseinrichtungen keinen **Mittagstisch** anbieten bzw. im gesamten Untersuchungsgebiet keine "offenen" Mittagstische vorhanden sind, die eine flexible oder regelmäßige Teilnahme "externer" Kinder zulassen.
- Etwa ein Drittel der Expertinnen sprach zeitliche Belastungen (Koordination von Wegeketten) durch die **Begleitung von Kindern** zu den Betreuungseinrichtungen als Problem an.

7.2 Ergebnisse der Straßeninterviews mit Zeitnachfragerinnen

Die im gesamten Untersuchungsgebiet durchgeführten Straßeninterviews (Wohn- und Einkaufsbereiche sowie Kinderspielplätze) haben bzgl. der Kinderbetreuung zu folgenden Kernergebnissen geführt:

- Ca. 40% der befragten Frauen sind der Meinung, daß eine **Unterversorgung mit Kindertagesheimplätzen** (Ganztagsplätze) besteht. In diesem Zusammenhang berichten mehr als zwei Drittel der berufsorientierten Mütter (Mütter, die arbeitslos sind bzw. nach einer „Familienpause“ wieder in das Erwerbsleben einsteigen wollen) von ihrem großen Dilemma: Ganztagsplätze erhalten bevorzugt Berufstätige⁷. Gleichzeitig ist den Müttern eine aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt aber erst dann möglich, wenn sie die Sicherheit haben, daß ihr Kind bzw. ihre Kinder für den Fall, daß sie eine Arbeitsstelle finden, tatsächlich betreut werden.

⁷ Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht für ein vierstündiges Betreuungsangebot in einer Einrichtung, in der Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt von pädagogischem Fachpersonal an fünf Tagen in der Woche betreut werden. Ganztagesplätze werden nach Bedarf vergeben. Ganztagesplätze – soweit freie Plätze verfügbar sind - erhalten bevorzugt alleinerziehende Mütter oder Frauen, deren Einkommen als Ergänzung zum Familieneinkommen notwendig ist.

- Deutlich mehr als die Hälfte aller Befragten wünscht sich **flexiblere Betreuungsangebote** (stundenweise/tageweise). Dies trifft insbesondere für die Frauen zu, die beispielsweise eine Weiterbildungsmaßnahme verfolgen oder einen Arbeitsplatz suchen bzw. Interesse an mehr persönlichem Freiraum haben.
- Für fast alle befragten Personen der Zielgruppe gilt, daß es an **flexiblen Betreuungsangeboten in Notfällen** (Krankheit der Mutter, Krankheit des Kindes, Schulferien, Elternabend, etc.) fehlt. In diesen Situationen entstehen die größten physischen und psychischen Belastungen (=Streßsituationen).

7.3 Ergebnisse der Expertengespräche mit Zeitanbietern- und -anbieterinnen im Bereich Kinderbetreuung

Insgesamt wurden 20 Gespräche mit Leitern und Leiterinnen von Kinderbetreuungseinrichtungen geführt. Diese Expertengespräche haben zu folgenden Kernergebnissen geführt:

- Die **Anschlußbetreuung von Schulkindern** wurde von 6 Leitern und Leiterinnen öffentlicher Betreuungseinrichtungen angesprochen. Aus Sicht dieser Experten gibt es zu wenig Hortplätze, so daß die Kinder nachmittags sich selbst überlassen bleiben.
- Von 5 Experten und Expertinnen wurde thematisiert, daß eine **Anpassung der Öffnungszeiten** von Kinderbetreuungseinrichtungen **nach der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten** erforderlich sein wird.
- Von 5 Leitern und Leiterinnen privater Kinderbetreuungseinrichtungen wurden die **Betreuungsleistungen während der Schulferien** und am Wochenende als problematisch gesehen. Ihrer Einschätzung nach geht der Bedarf bei der Zielgruppe in Richtung Ganztagsbetreuung. Aus Sicht dieser Experten und Expertinnen sind Kindergartenplätze (4 Stunden Betreuung) für berufstätige Mütter (auch für Teilzeitbeschäftigte) nicht ausreichend.
- 2 Experten/Expertinnen haben die **Betreuungssituation für ganztägig berufstätige Frauen** (insbesondere für Alleinerziehende), die im Dienstleistungssektor **mit unregelmäßigen Arbeitszeiten** tätig sind, als problematisch eingeschätzt.

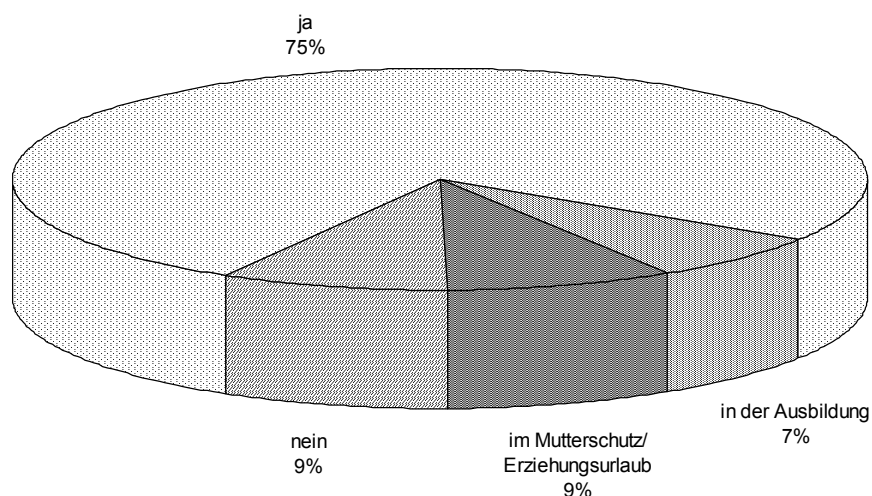
7.4 Ergebnisse der schriftlichen Befragung von Müttern in verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen

Die meisten Frauen passen sich den „normalen“ Zeitanforderungen an. Sie ordnen ihre Berufstätigkeit den räumlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen unter. Im Ergebnis geraten sie in unvorhersehbaren Notsituationen unter verstärkten Zeitdruck. Als Hauptdefizit haben

die befragten Mütter das Nichtvorhandensein flexibler Betreuungsangebote, zum Beispiel bei Krankheit der Mutter oder des Kindes, während der Schulferien oder an einem Elternabend genannt. In diesen Situationen entstehen größte physische und psychische Belastungen.

- Über 80% der befragten Mütter sind berufstätig oder in der Ausbildung und damit zeitlich besonders belastet. Die Betreuung der Kinder in Kindergärten und –tagesstätten ist in vielen Fällen die Voraussetzung dafür, dem Beruf oder einer Ausbildung nachzugehen. Die Befragung von Müttern in Kinderbetreuungseinrichtungen im Untersuchungsgebiet ergab, daß 57% die kinderfreie Zeit für Beruf oder Ausbildung nutzen. In Notfällen (z.B. bei Krankheit) sind sie gezwungen, sich zu arrangieren. Etwa 80% der Befragten bleiben in diesen Fällen zu Hause.
- Es besteht ein Bedarf nach längeren Öffnungszeiten an Werktagen bis 19.00 Uhr.
- Es werden erweiterte Öffnungszeiten an Samstagen im Kern von 9.00 bis 11.00 Uhr oder von 11.00 bis 13.00 Uhr gewünscht.
- Ein knappes Drittel der Frauen hat Interesse an einem Hortplatz im Anschluß an den Elementarbereich und damit eine Betreuung, die über den Vormittag hinaus geht.
- An unterstützenden Angeboten im Rahmen der Kinderbetreuung wünscht sich jede dritte Frau ein organisiertes Frühstück, rd. jede vierte würde Freizeitveranstaltungen, Begleitung auf Wegen (rd. 80% der Mütter begleiten ihr Kind selbst zum Kindertagesheim, der Partner übernimmt diese Wege nur in rd. 10% der Familien) und einen Mittagstisch für ihre Kinder in Anspruch nehmen.

Sind Sie berufstätig?



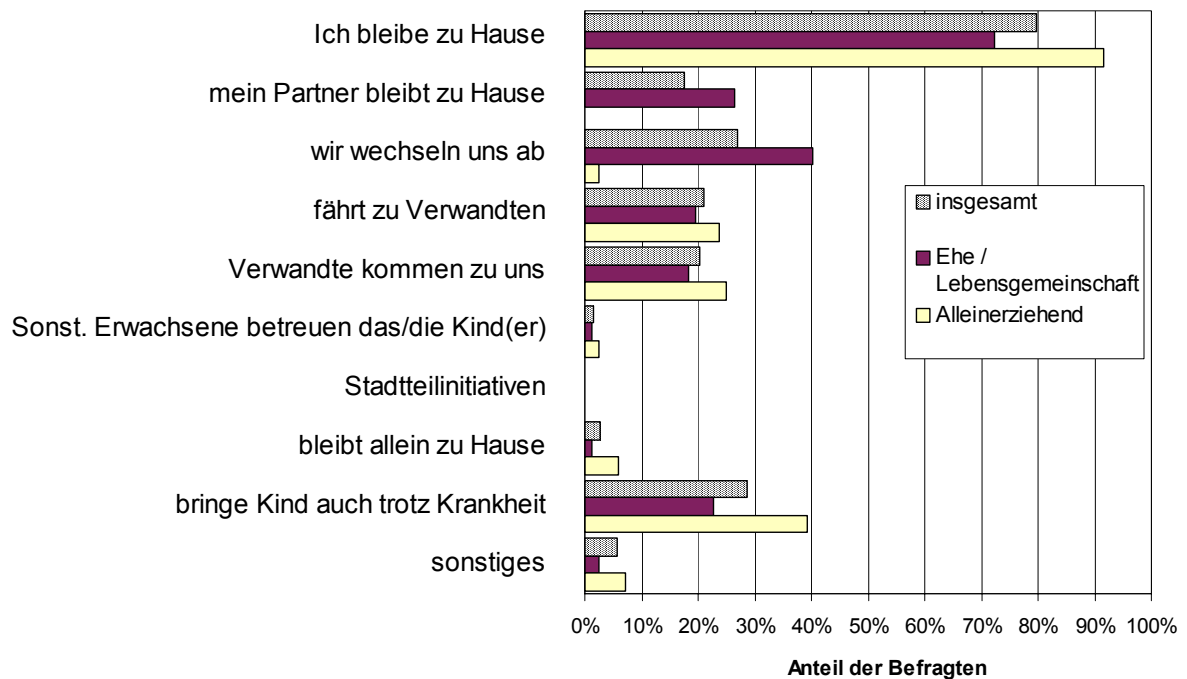
Anmerkung: vorgegebene Antworten gekürzt wiedergegeben

Quelle: Befragung 1997 in 9 Einrichtungen

empirica

Wie ist die Kinderbetreuung in Notfällen geregelt? (z.B. bei Krankheit)

Mehrfachnennungen möglich

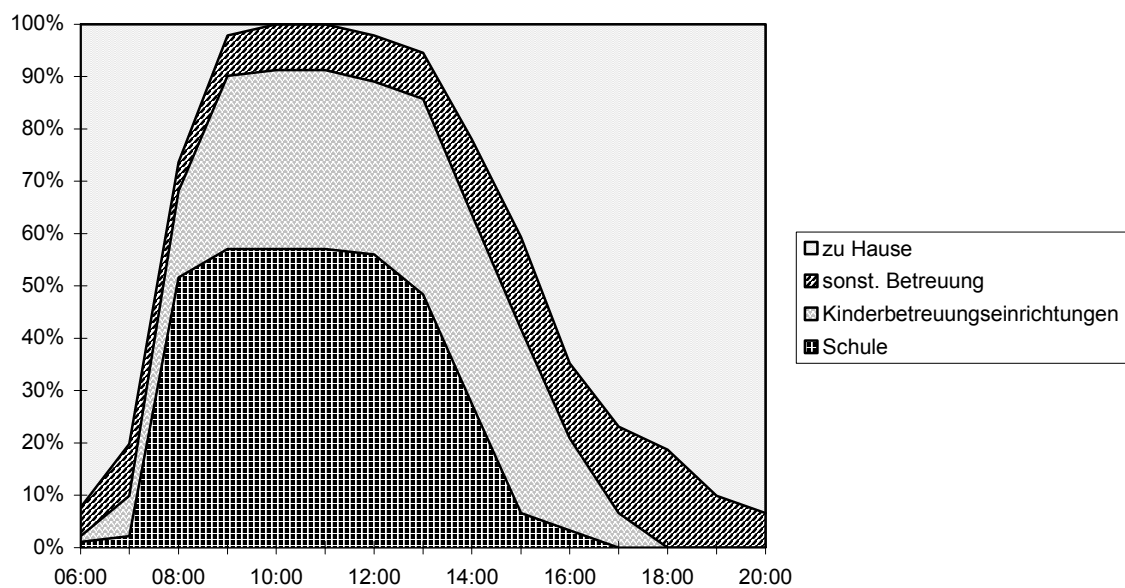


Quelle: Befragung 1997 in 9 Einrichtungen

empirica

Kinderbetreuung

Typischer Kindergarten-/Schultag

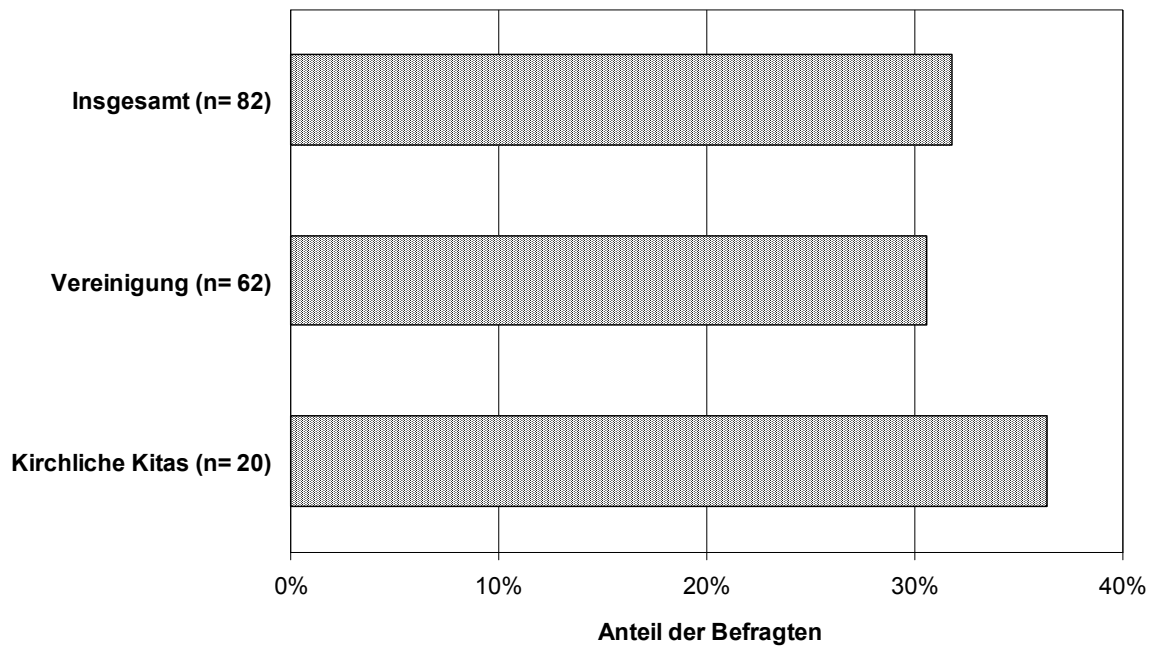


Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

Wunsch nach ergänzenden Öffnungszeiten in den Kindertagesheimen

Anteile an allen Befragten

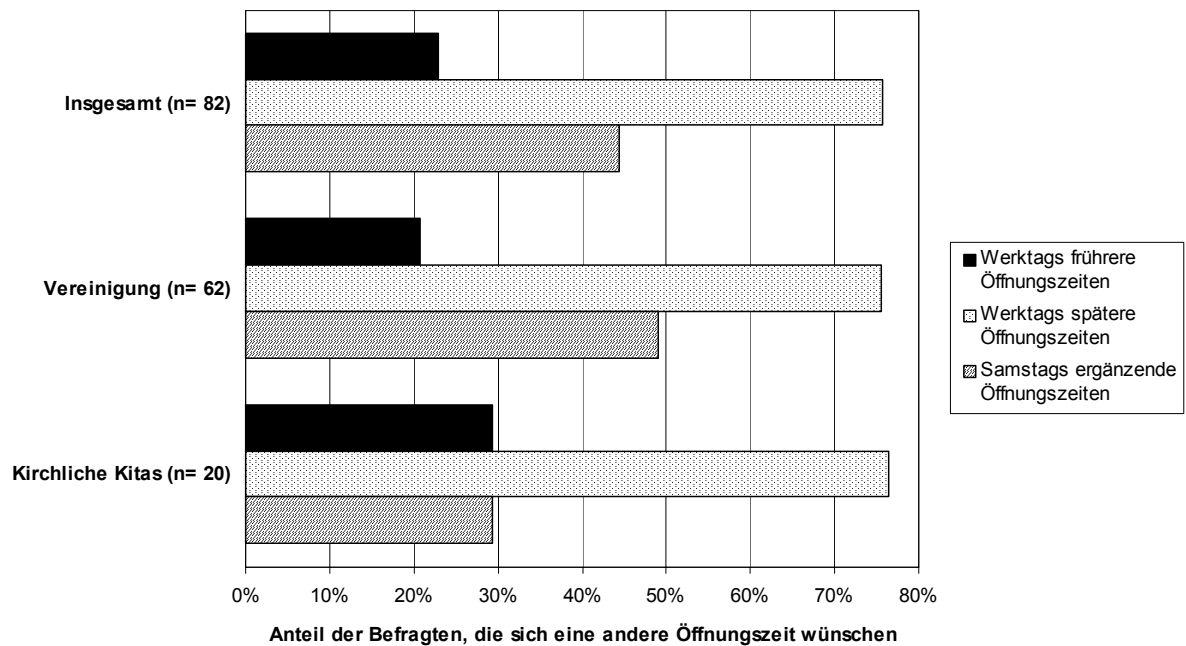


Quelle: Befragung 1997 in 9 Einrichtungen

empirica

Gewünschte Ergänzungen der Öffnungszeiten in den Kindertagesheimen

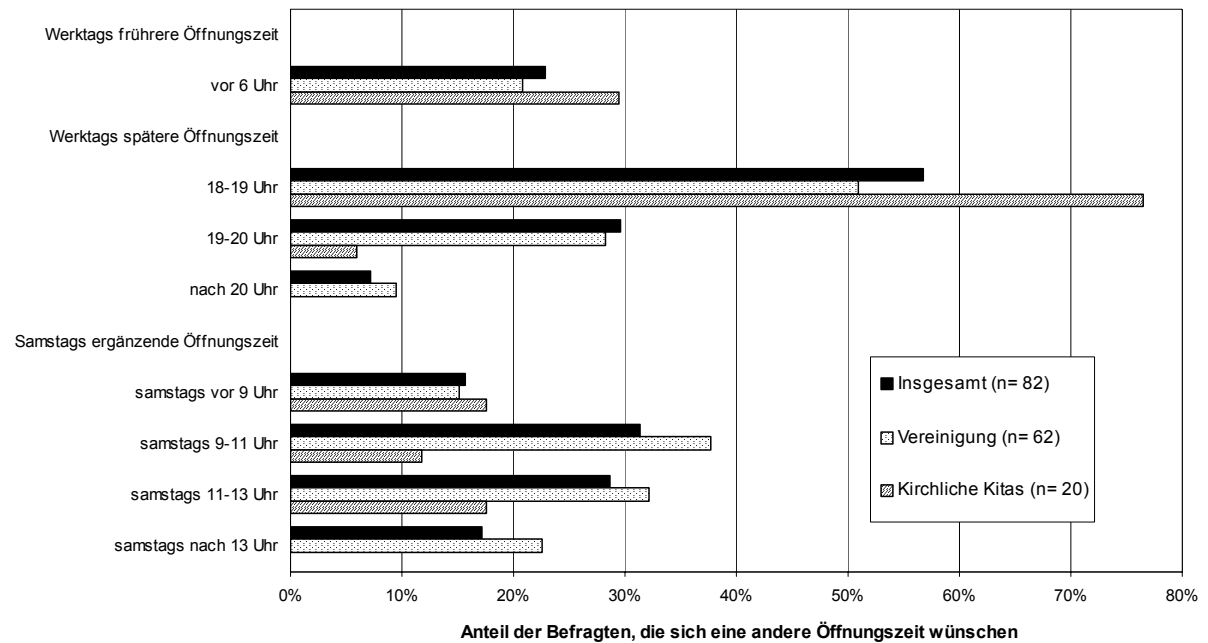
Anteile derjenigen, die sich eine Ergänzung wünschen



Quelle: Befragung 1997 in 9 Einrichtungen

empirica

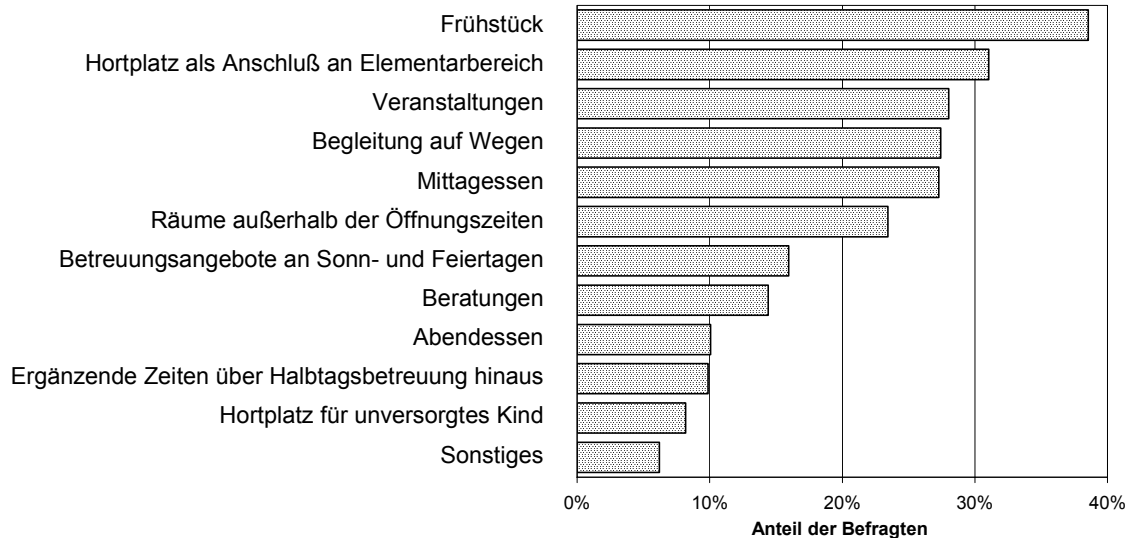
Welche ergänzenden Öffnungszeiten in ihrem Kindertagesheim wünschen Sie sich?
Anteile derjenigen, die sich eine Ergänzung wünschen



Quelle: Befragung 1997 in 9 Einrichtungen

empirica

Welche der Angebote würden Sie im Rahmen der Kinderbetreuung gerne in Anspruch nehmen?

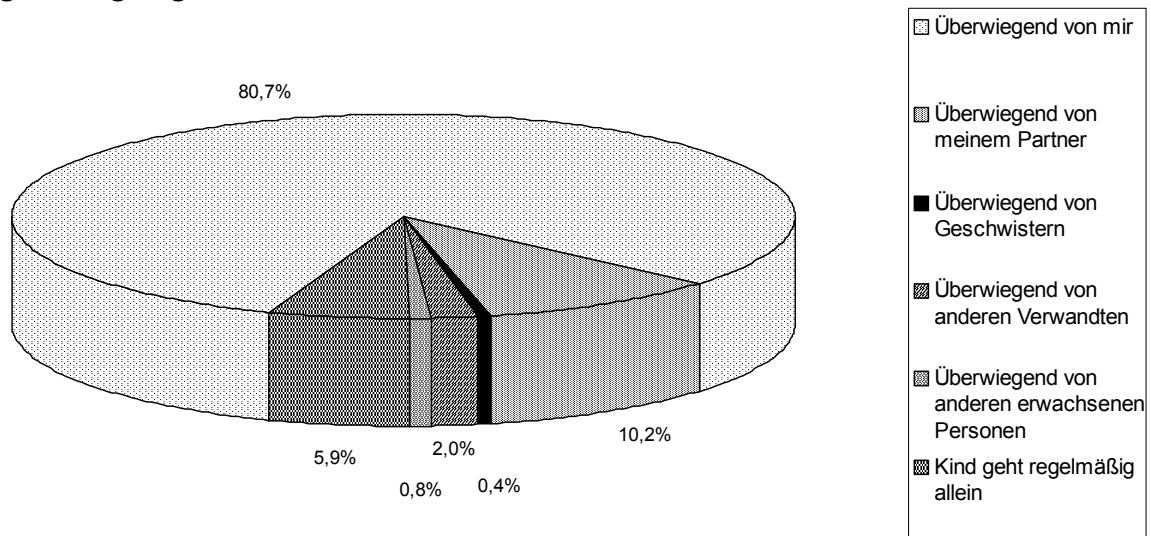


Anmerkung: vorgegebene Antworten gekürzt wiedergegeben

Quelle: Befragung 1997 in 9 Einrichtungen

empirica

Von wem wird Ihr Kind/ werden Ihre Kinder auf dem Weg zu und vom Kindertagesheim regelmäßig begleitet?



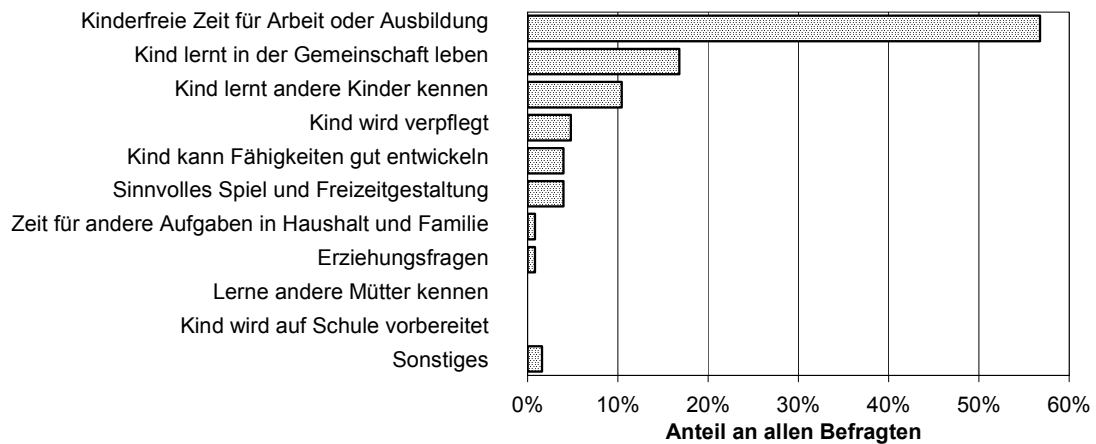
Anmerkung: vorgegebene Antworten gekürzt wiedergegeben

Quelle: Befragung 1997 in 9 Einrichtungen

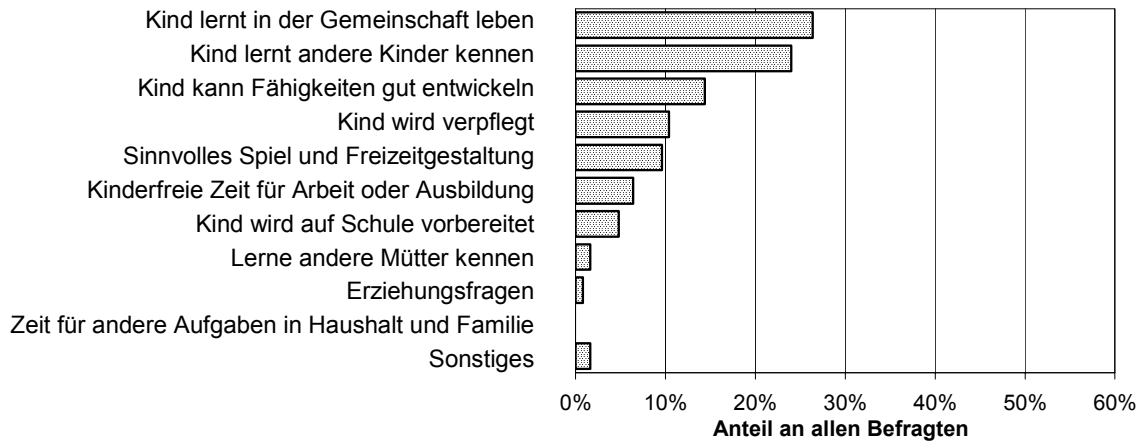
empirica

Wichtige Aspekte bei der Betreuung der Kinder im Kindertagesheim

1. Priorität



2. Priorität



Anmerkung: vorgegebene Antworten gekürzt wiedergegeben

Quelle: Befragung 1997 in 9 Einrichtungen

empirica

C MODELLPHASE:

ENTWICKLUNG, UMSETZUNG UND EVALUATION VON ZEITENTLASTUNGEN

1. Ausgangslage

Vor dem Hintergrund der Forschungsergebnisse wurden konkrete Maßnahmen für Zeitentlastungen vorgeschlagen. Mit den entsprechenden Einrichtungen wurden Kontakte aufgenommen, Kooperationen initiiert und in einigen Fällen die konkrete Umsetzung begleitet und evaluiert.

Die Ergebnisse der Befragungen bei berufstätigen Müttern zeigten, daß nicht nur neue Zeitangebote, sondern auch zeitentlastende Dienstleistungen nachgefragt werden.

Neue Zeitangebote wurden nachgefragt

- beim Einzelhandel
- bei Banken und Sparkassen
- bei Arzt- und Zahnarztpraxen
- beim Ortsamt
- in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Zeitentlastende Dienstleistungen wurden gewünscht

- für Kinderbetreuung in Notsituationen
- bei der Versorgung von Schulkindern mit Mittagessen, die keinen Hort (mehr) besuchen.

Die gewünschten Maßnahmen gehen eindeutig aus den Befragungen hervor. Die Umsetzung gestaltete sich aber aus verschiedenen Gründen schwierig. Besonders in den Bereichen mit starker Reglementierung (Behörden, Kinderbetreuung) konnten Maßnahmen nur in Ansätzen umgesetzt werden oder stießen trotz interessierter Beteiligter auf administrative Grenzen.

Die dynamische Entwicklung in anderen Bereichen unterstreicht die Aktualität und Relevanz des Themas zeiten:der:stadt. Durch rechtliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen haben sich im Untersuchungszeitraum Erleichterungen ergeben, durch die eine weitere Anstrengung von Modellprojekten in bestimmten Bereichen nicht angezeigt war:

- Bereits kurze Zeit nach Start des Projektes zeichneten sich Veränderungen bei den Öffnungszeiten im Einzelhandel ab. War 1995 noch der lange Donnerstag die innovativste Lösung, so wurden mit der Änderung des Ladenschlußgesetzes, die zum 1. November 1996 in Kraft trat, Öffnungszeiten generell werktags von 6.00 bis 20.00 Uhr ermöglicht.
- Im Bereich der Banken- und Sparkassen werden verstärkt Geldautomaten für das Abholen von Bargeld genutzt. Etabliert haben sich auch Service-Center, in denen weitere Transaktionen (Überweisungen, Daueraufträge etc.) an einem Terminal getätigt werden können. Die Abhängigkeit von den Schalteröffnungszeiten wird damit zunehmend geringer.
- Es ist davon auszugehen, daß - bei allen Einschränkungen hinsichtlich des Nutzerverhaltens⁸ - das Internet in Zukunft immer stärker zur Information (z.B. Öffnungszeiten, Weiterbildungs- und Freizeitangebote) aber auch für Einkäufe und Banktransaktionen genutzt werden wird. Über den Hamburg-Server können beispielsweise die Öffnungszeiten sowie Ansprechpartner und -partnerinnen der Ämter und deren Erreichbarkeit mit dem ÖPNV ermittelt werden. Darüber hinaus ist es bereits möglich, Formulare für die gängigen amtlichen Vorgänge am eigenen PC auszudrucken.

Das Modellprojekt zeiten:der:stadt versteht sich als Plattform für Initiativen und Maßnahmen, die dazu beitragen, starre Zeitfenster aufzubrechen. Der Wert des Aktionsforschungsprojektes mißt sich weniger an der Zahl der umgesetzten Modellvorhaben, sondern besteht im Aufdecken von Notwendigkeiten und Lösungswegen in Form eines Handlungsleitfadens, der auch Defizite aufzeigt. Die Kooperation der verschiedenen Akteurinnen und Akteure, die Basis aller Modellvorhaben war, ließ sich leider nicht in jedem Fall umsetzen.

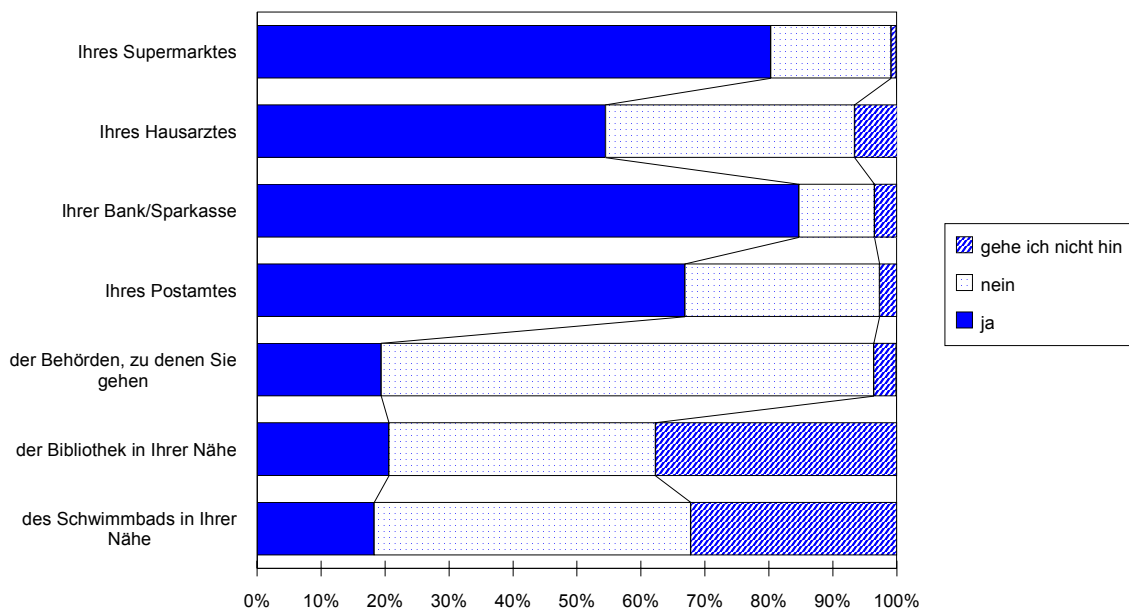
⁸ Verfügbarkeit eines internetfähigen PC (z.B. am Arbeitsplatz, zu Hause, Internet-Café); mangelnde Kenntnisse und persönliche Hemmschwellen bei der Computernutzung.

2. Maßnahmen im Bereich Ämter

2.1 Ausgangslage

- Die Befragung berufstätiger Mütter im Rahmen des Projektes zeiten:der:stadt ergab für den Bereich der Ämter, daß die Öffnungszeiten kaum bekannt sind. Ein Grund für den geringen Bekanntheitsgrad liegt in der Tatsache, daß Behördengänge für den Großteil der Befragten relativ selten notwendig sind (durchschnittlich ein bis dreimal pro Jahr) und sich die Öffnungszeiten der Ämter daher weniger stark einprägen.
- Die Dienststellen des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst sind auf verschiedene Gebäude verteilt und haben jeweils individuelle Öffnungszeiten. Eine Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger, welches Amt wo zu finden ist und wann es aufgesucht werden kann, ist daher kaum gegeben. Hilfreich wären Informationen darüber, in welchen Gebäuden sich die einzelnen Dienststellen befinden, wann sie für den Publikumsverkehr geöffnet sind und welche Unterlagen mitzubringen sind, damit ein Vorgang möglichst schnell erledigt werden kann.
- Das Anliegen, kundenfreundliche Maßnahmen für das Ortsamt zu entwickeln, stößt in Barmbek-Uhlenhorst an Grenzen. Insbesondere die räumliche Situation stellt ein Hindernis dar, das auf absehbare Zeit nicht geändert werden kann. Eine Vereinheitlichung der Öffnungszeiten ist vor diesem Hintergrund um so wünschenswerter. Darüber hinaus kann eine verbesserte Kundeninformation dazu beitragen, daß von den Bürgerinnen und Bürgern kürzere Wartezeiten und weniger Fehlleitungen in Kauf genommen werden müssen.
- Erfahrungen in anderen Städten und Gemeinden (aber z.B. auch im Bezirksamt Hamburg-Nord), die in den letzten Jahren eine Veränderung ihrer Leistungen vorgenommen haben, zeigen, daß nur solche Lösungen eine Verbesserung darstellen, die möglichst klare Verhältnisse schaffen (z.B. Zusammenfassung der kundenintensiven Bereiche zu Bürgerämtern, einheitliche Öffnungszeiten).

Kennen Sie eigentlich die genauen Öffnungszeiten/Sprechstunden ...



Quelle: Repräsentative Befragung in Barmbek-Uhlenhorst 1996

empirica

2.2 Maßnahmen im Modellprojekt

In den publikumsrelevanten Bereichen hat das Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst die Öffnungszeiten synchronisiert.

Betroffen sind die Abschnitte für Melde-, Paß-, und Ausweisangelegenheiten, für Wohngeld- und Unterhaltssicherungsangelegenheiten sowie §5-Scheine und Fundsachen der Einwohnerabteilung, das Standesamt, das Jugendamt und die Wirtschafts- und Ordnungsabteilung.

2.2.1 Veränderte Öffnungszeiten und Einführung von Terminabsprachen

- Einheitliche Regelung der Öffnungstage mit Kernsprechzeiten (Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag).
- Einheitliche Regelung der Kernsprechzeiten selbst (Montag und Freitag von 8.00 bis 12.30 Uhr sowie Dienstag und Donnerstag von 8.00 bis 15.30 Uhr).
- Frühsprechzeit für Melde-, Paß- und Ausweisangelegenheiten (Dienstag ab 7.00 Uhr), Spätsprechzeit für Melde-, Paß- und Ausweisangelegenheiten, Wohngeld- und Unter-

haltssicherungsangelegenheiten sowie §5-Scheine und Fundsachen (Donnerstags bis 18.00 Uhr).

- Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Möglichkeit, auch außerhalb der Kernsprechzeiten Einzeltermine zu vereinbaren, und zwar an allen Tagen von Montag bis Freitag.
- Um mehr Raum für die Vereinbarung von Einzelterminen zu schaffen, werden abweichend von der Kernzeitregelung im Wohngeld- und Unterhaltssicherungsabschnitt am Montag und im Jugendamt am Montag und Freitag keine Kernsprechzeiten angeboten.

Tag/ Uhrzeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
7.00 - 8.00 Uhr		nur Melde-, Paß- und Ausweisangelegenheiten			
8.00 - 12.30 Uhr	außer Wohngeld-, Unterhaltssicherungsabschnitt und Jugendamt				außer Jugendamt
12.30 - 15.30 Uhr					
15.30 - 18.00 Uhr				nur Melde-, Paß- und Ausweisangelegenheiten, Fundsachen, §5-Scheine, Wohngeld- und Unterhaltssicherungsabschnitt	

Kernöffnungszeit der Publikumsdienststellen

Terminvereinbarung möglich

2.2.2 Verbesserte Kundeninformation und geringere Wartezeiten durch interne Arbeitsorganisation

Um dem Bedarf nach verbesserter Kundeninformation nachzukommen, wurde ein Informationsblatt erstellt, das folgende Hinweise enthält:

- Lageskizze der Abteilungen,
- Telefonnummern der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner,
- Öffnungszeiten,
- Angabe der Unterlagen, die für die häufigsten Vorgänge benötigt werden,
- Angabe der Vorgänge, die schriftlich erledigt werden können.

2.3 Veränderungen im Sinne der Kundenfreundlichkeit

Während der Laufzeit des Modellprojektes hat es im Bereich der Verwaltung Modernisierungsmaßnahmen gegeben. So wurde damit begonnen, das „Neue Steuerungsmodell“ der Kommunalwirtschaft in den Hamburger Bezirksämtern umzusetzen⁹. Zu einer Veränderung der Öffnungszeiten ist es in diesem Zusammenhang nicht gekommen, kundenwirksam sind jedoch vor allem Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Arbeitsabläufe der Einwohner- und Standesämter.

- So wurde im Bereich der Einwohnerabteilung ein zentraler Empfangsbereich mit zwei Schnellschaltern eingerichtet, an dem sich alle Kundinnen und Kunden zunächst melden. Der Empfang ist bereits 20 Minuten vor den offiziellen Öffnungszeiten besetzt. Ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin prüft dort die Art des Anliegens und kontrolliert evtl. mitgebrachte Antragsunterlagen auf ihre Vollständigkeit. Kleine Anliegen werden an den Schnellschaltern sofort bedient. Nur in zeitaufwendigen Fällen wird eine Wartenummer ausgegeben. Insgesamt wird damit die Wartezeit für die Kundinnen und Kunden extrem verkürzt. Sie warten insbesondere nicht mehr umsonst, wenn sie mit unvollständigen Antragsunterlagen erschienen sind. In vielen Fällen werden sie sofort bedient. Waren vor Einführung der Maßnahme für alle Kundinnen und Kunden Wartezeiten von 1-2 Stunden an der Tagesordnung, so werden heute diejenigen, die wegen aufwendigerer Anliegen eine Wartenummer bekommen, im Durchschnitt bereits nach 10 Minuten bedient. Der reibungslosere Ablauf und die größere Kundenzufriedenheit wirkt sich auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter positiv aus.
- Die Früh- und die Spätsprechstunden (Dienstags ab 7.00 Uhr und Donnerstags von 8.00-18.00 Uhr) des Einwohnermeldeamtes werden gern genutzt, wobei die Kundenfrequenz vor allem Donnerstags ab 16.30 Uhr ansteigt. Insgesamt ist der „lange Donnerstag“, der vor der Änderung des Ladenschlußgesetzes im Einzelhandel galt, als verlängerter Öffnungstag noch immer stark in den Köpfen präsent. Einen vergleichbaren Bekanntheitsgrad konnte die Frühsprechstunde nicht erreichen.

⁹ 1996 wurde das Projekt „moderne Bezirksverwaltung – innovativ und leistungsstark“ (moBil) ins Leben gerufen, das zwischen Februar 1998 und Juni 1999 mit veränderter Organisation als Projekt moBil2 fortgeführt wurde. Aufgabe war es, in den einzelnen Dienststellen und gemeinsam in der gesamten Bezirksverwaltung Reformkonzepte zu entwickeln, zu erproben und umsetzen zu helfen.

- Auch die Vergabe von Einzelterminen außerhalb der Öffnungszeiten wird durchgeführt, sie ist im Einwohnermeldeamt jedoch weniger üblich als im Standesamt (Terminvereinbarung von 7.00 bis 18.30 Uhr möglich), wo über Aushänge gezielt dafür geworben wird. Da die Terminvereinbarung vorab telefonisch erfolgt, kann im Gespräch geklärt werden, inwieweit ein persönliches Erscheinen überhaupt notwendig ist. Vielfach stellt sich heraus, daß das betreffende Anliegen auch auf dem Postweg erledigt werden kann. Im Durchschnitt wird täglich ein vereinbarter Termin bearbeitet.
- Im Standesamt wurde ebenfalls ein Service-Zimmer eingerichtet, in dem die mitgebrachten Unterlagen auf Vollständigkeit geprüft, kleinere Anliegen sofort bedient und größere an die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterverwiesen werden. Lag die Wartezeit vor Einführung dieser Maßnahme im Durchschnitt bei einer Stunde, so werden die Kundinnen und Kunden jetzt bereits nach fünf Minuten bedient. Ebenfalls stark verkürzt wurde die Bearbeitungszeit für Urkunden, die nur noch rd. 1 Tag beträgt im Gegensatz zu 1-2 Wochen vor Umsetzung der internen Umstrukturierung. Bezüglich der Kürze der Bearbeitungszeiten ist das Standesamt Barmbek-Uhlenhorst im Vergleich der Hamburger Ämter nun führend.
- Im Rahmen der verstärkten Kundenorientierung werden Eheschließungen jetzt auch außerhalb des Amtes (z.B. im Café im Literaturhaus an der Alster) angeboten. Obwohl bisher keine Werbung diesbezüglich gemacht wurde, wird das Angebot rasant angenommen. Kunden- und mitarbeiterfreundlich ist auch die freundlichere Gestaltung der Räume, Flure, Eingangs- und Wartebereiche mit Blumen, Pflanzen, neuen Lampen und Bildern zu wechselnden Themengebieten. Auch die Ausstattung des Trauzimmers wurde verbessert. Im Gebäude wurden Hinweis- und Informationstafeln aufgestellt, die über Zuständigkeiten, Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen und erforderlichen Unterlagen aus Kundensicht informieren.
- In Zukunft wird mit einem verstärkten Einsatz des Internets als Informationsmedium gerechnet. Aktuell laufen Bemühungen, die zentralen Vorgänge aller Hamburger Standesämter aufeinander abzustimmen, damit ein einheitliches Informations- und Formularangebot im Internet zur Verfügung gestellt werden kann.
- Mittel- bis langfristig ist eine Verbesserung der räumlichen Situation des Ortsamtes geplant, dessen Dienststellen nach wie vor auf verschiedene Standorte verteilt sind. Angedacht ist z.B. die Einrichtungen eines zusätzlichen Kundenzentrums im Einkaufszentrum Hamburger Straße.

3. Maßnahmen im Bereich Arzt- und Zahnarztpraxen

3.1 Ausgangslage

Die täglichen Aktionsfelder der Frauen werden durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmt. Frauen müssen als wahre Zeitmanagerinnen agieren. Die starren Zeitvorgaben der verschiedenen Einrichtungen erzwingen die Anpassungen des eigenen Lebens- und Tagesrhythmus an fremde Zeitvorgaben. So haben die Frauen z.B. beklagt, daß die Sprechstunden der Arzt- und Zahnarztpraxen parallel zu den Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten berufstätiger Mütter liegen. Zum Zeitpunkt der Untersuchung waren die Arztpraxen im Untersuchungsgebiet meist von 9.00 bis 17.00 Uhr oder 18.00 Uhr (teilweise mit Mittagspause von 12.00 bis 15.00 Uhr) geöffnet. Um Arzttermine unabhängig von der Arbeit und ohne Kinder oder zusammen mit den Kindern wahrnehmen zu können, werden zusätzliche Sprechzeiten in folgenden Zeiträumen gewünscht:

- Montag bis Freitag - morgens zwischen 6.00 und 9.00 Uhr
- Montag bis Freitag - abends zwischen 18.00 und 20.00 Uhr
- Samstag - vormittags von 8.00 bis 12.00 Uhr

Darüber hinaus sollten sich die Sprechzeiten der Arztpraxen an den Öffnungszeiten im Einzelhandel orientieren. Von Vorteil für viele Frauen ist, daß die Kinderbetreuung in dieser Zeit meist durch den Partner oder andere berufstätige Erwachsene gewährleistet ist, so daß Arzttermine streßfreier allein wahrgenommen werden können.

Die Untersuchung ergab, daß Frauen am häufigsten Arztpraxen folgender Fachrichtungen aufsuchen:

- Allgemeinmedizin, Kinderheilkunde, Zahnheilkunde, Augenheilkunde, Frauenheilkunde

3.2 Maßnahmen im Modellprojekt

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse hat *empirica* Arzt- und Zahnarztpraxen im Untersuchungsgebiet motiviert, während der Modellphase ihre Öffnungszeiten berufstätigen- und frauenfreundlich zu verändern. Es wurden rd. 300 Ärzte und Ärztinnen der relevanten Fachrichtungen im Untersuchungsgebiet angeschrieben. Davon haben sich 13 Arzt- und Zahnarztpraxen mit ca. 30 Ärzten und Ärztinnen (ca. 10%) bereit erklärt, mit veränderten Praxisöffnungszeiten am Modellprojekt teilzunehmen.

- Die am Modellprojekt beteiligten Arztpraxen decken folgende Fachrichtungen ab:

Allgemeinmedizin, Internisten und Internistinnen, Praktische Ärzte und Ärztinnen	4 Praxen
Kinderheilkunde	1 Praxis
Frauenheilkunde	1 Praxis
Augenheilkunde	2 Praxen
Zahnheilkunde	5 Praxen
- Die Arztpraxen, die sich am Modellprojekt beteiligen, verteilen sich auf den gesamten Ortsamtsbereich Barmbek-Uhlenhorst.
- Die neuen Zeitregelungen der Arztpraxen orientieren sich an den in der Repräsentativbefragung genannten „Wunschzeiten“. Es werden Sprechzeiten oder Terminwahl an unterschiedlichen Wochentagen früher als 9.00 Uhr oder später als 18.00 Uhr sowie am Samstag angeboten:

Morgens:	5 Arztpraxen beginnen an mindestens einem Tag in der Woche vor 8.00 Uhr
	6 Arztpraxen beginnen um 8.00 Uhr bzw. 8.30 Uhr
Abends:	7 Arztpraxen halten mindestens einen Tag in der Woche bis 19.00 Uhr,
	3 Praxen bis 20.00 Uhr Sprechstunde
Samstags:	3 Arztpraxen (und 2 Praxen nach Vereinbarung)

Die neuen Zeitregelungen in den Arztpraxen, die sich an dem Modellversuch beteiligten, wurden in den Monaten Juli/August 1997 eingeführt. Die Arztpraxen nehmen aus unterschiedlichen Gründen am Modellprojekt teil. Teilweise haben die Praxen bereits selbst Erfahrungen mit „unkonventionellen Zeiten“ gemacht, größtenteils teilen sie die Einschätzung, daß die Nachfrage andere Sprechzeiten wünscht, als angeboten werden.

Um den am Modellprojekt beteiligten Arzt- und Zahnarztpraxen die Gelegenheit zu geben, sich mit ihren veränderten bzw. erweiterten Öffnungszeiten öffentlich bekanntzumachen, wurde im September 1997 ein redaktioneller Beitrag in den beiden für das Untersuchungsgebiet relevanten Wochenblättern „Barmbeker Wochenblatt“ und „Winterhuder Wochenblatt“ veröffentlicht. Sieben Arztpraxen gaben ihre neuen Zeiten parallel zu dem Artikel bekannt. Die Zahnarztpraxen konnten aus wettbewerbsrechtlichen Gründen ihre Zeiten nicht in der Presse veröffentlichen. Als weitere ergänzende PR-relevante Unterstützung wurde für jede Arzt- und Zahnarztpraxis ein Aushang mit den neuen Öffnungszeiten und eine entsprechende Vorlage für Handzettel entwickelt und den Praxen zur Verfügung gestellt.

Nach etwa 6 Monaten, d.h. Anfang 1998, wurde eine Befragungsaktion durchgeführt, um die neuen Öffnungszeiten in ihren Wirkungen für die Praxen und Patientinnen und Patienten zu analysieren.

3.3 Akzeptanz und Organisation der Maßnahmen sowie Rahmenbedingungen

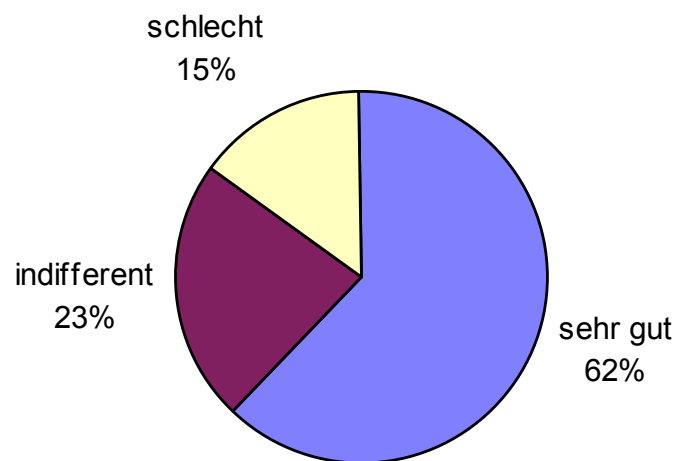
3.3.1 Akzeptanz der Maßnahmen aus Sicht der Praxen

Insgesamt war in den Praxen eine hohe Zufriedenheit mit den neuen Zeiten festzustellen, und schon nach einer Laufzeit von 9 bis 10 Monaten wurde von einer hohen Akzeptanz durch die Patienten und Patientinnen berichtet. Von den 13 Arztpraxen, die mit dem Modellversuch auf neue Praxiszeiten umstellten, haben 8 Praxen **sehr gute** Erfahrungen mit ihren neuen Behandlungszeiten gemacht. Die neuen Sprechstundenzeiten finden hohe Akzeptanz bei Patienten und Patientinnen:

- Die Früh- und Abendtermine werden besonders gern von jungen berufstätigen Frauen und Männern in Anspruch genommen, die oft verantwortungsvolle Positionen innehaben oder selbständig sind. Sie wollen bzw. können nicht während der Arbeitszeit zum Arzt gehen und haben früher oftmals aus beruflichen Gründen Termine nicht wahrnehmen können oder absagen müssen.
- In 5 der Arztpraxen wird explizit die Beobachtung gemacht, daß die Zielgruppe der berufstätigen Mütter die neuen Behandlungszeiten abends nutzt und davon profitiert, denn abends können z.B. Väter oder andere Personen auf die Kinder aufpassen.
- Die Hälfte der Arztpraxen mit sehr guten Erfahrungen hat durch die neuen Zeiten neue Patienten und Patientinnen gewinnen können. „Die neuen Zeiten haben sich herumgesprochen“.
- Die Patientenbindung ist durch die neuen Zeiten gestiegen, da die eigenen Patienten und Patientinnen mit dem neuen Zeitangebot besser zurechtkommen.
- Die Wartezeiten sind für die Patienten und Patientinnen insgesamt geringer geworden, und die Atmosphäre in den Praxen ist entspannter.
- In drei Fällen ist die Resonanz auf die neuen Zeiten indifferent, d.h. diese Praxen haben keine neuen Patienten und Patientinnen gewonnen. Ihr Patientenstamm hat sich an bestimmte zeitliche Regelungen gewöhnt und die neuen Zeiten kaum in Anspruch genommen. Trotzdem werden diese Arztpraxen die neuen Zeiten aus persönlichen Gründen beibehalten. Teilweise planen sie, die Praxiszeiten mit einer inhaltlichen Spezifizierung ihres Behandlungsangebots zu verknüpfen.

- Zwei Arztpraxen gaben nach einer Probezeit von ca. 8 Wochen die neuen Zeiten wieder auf, da in ihrem Umfeld kein Bedarf danach festgestellt werden konnte.
- Bei den Praxen, in denen die neuen Zeiten auf eine geringe Akzeptanz stießen, handelt es sich um kleinere Praxen, die zudem eher in Wohngebieten liegen. Hier wurden vor allem die Samstagssprechstunden kaum angenommen.

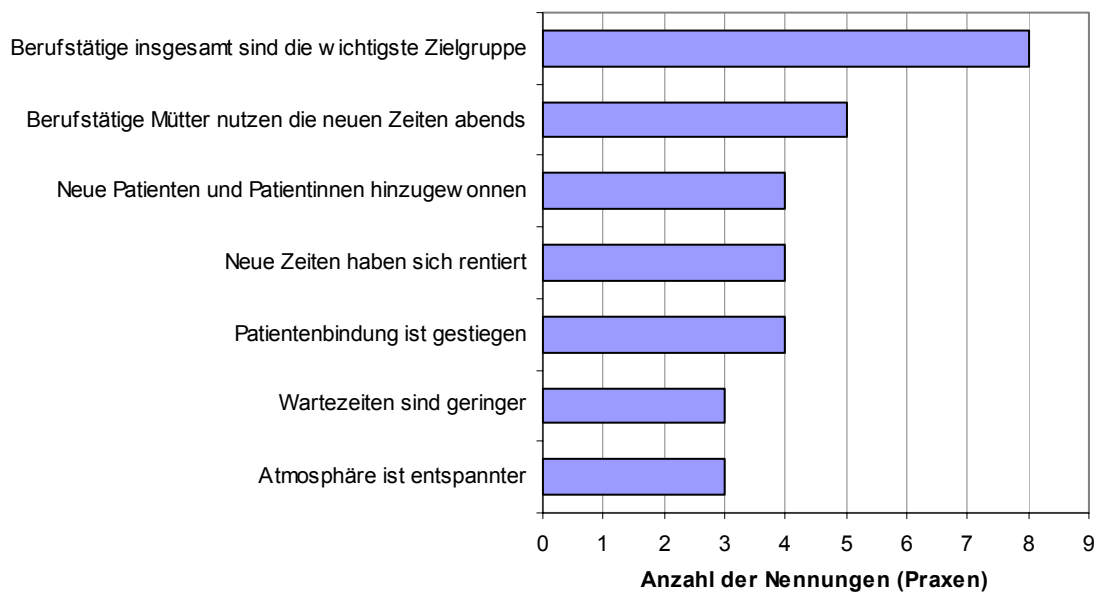
Akzeptanz neuer Praxiszeiten



Quelle: Praxisbefragung Modellphase 1998

empirica

Erfahrungen der Praxen mit sehr guter Akzeptanz der neuen Zeiten



Quelle: Praxisbefragung Modellphase 1998

empirica

3.3.2 Organisation des neuen zeitlichen Angebots

Die Einführung der neuen Zeiten gestaltete sich in den Arztpraxen relativ unproblematisch.

- In einigen Fällen bleibt der eigene zeitliche Einsatz unverändert, z.B. durch eine stärkere Überlappung von Sprech- und Arbeitszeiten oder durch eine Verschiebung der Sprechzeiten (ohne Ausdehnung der Gesamtsprechzeiten).
- In der Hälfte der Arztpraxen wird in zwei Schichten gearbeitet, z.B. von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr und von 12.30 Uhr bis 20.30 Uhr. Teilweise wurde durch die neuen Zeiten die Einführung eines Schichtbetriebes erforderlich und mit Neueinstellungen verbunden.

In Zusammenarbeit mit dem Personal konnten in allen Praxen individuelle zeitliche Lösungen gefunden werden. In vielen Fällen konnten die Arbeitszeiten so gestaltet werden, daß sie zur Erleichterung des Alltagslebens der Beschäftigten beitragen. Schwieriger ist es, Auszubildende in die neuen zeitlichen Rahmen zu integrieren. An den Samstagen sowie zu den frühen und späten Praxiszeiten müssen die Praxen auf die Unterstützung durch Auszubildende verzichten, da der Ausbildungsrahmen diese Arbeitszeiten nicht zuläßt.

Das Angebot von Praxiszeiten am Samstag gestaltet sich insgesamt aus folgenden Gründen problematisch:

- Es ist schwierig, Personal für Samstagssprechstunden zu finden.
- Die Sprechzeiten am Samstag rentieren sich auch bei guter Akzeptanz aufgrund der derzeitigen Honorarordnung nicht. Die Kosten der Praxisöffnung am Samstag stehen in keinem Verhältnis zu den möglichen Erträgen.

3.3.3 Günstige Rahmenbedingungen

Die Untersuchung der Modellphase zeigt, daß der **Erfolg** neuer berufstätigen- und frauenfreundlichen Praxiszeiten vor allem von folgenden Faktoren abhängt:

- **Lage im Stadtteil:** Alle Arztpraxen mit sehr guten Erfahrungen (8) sind in zentralen Stadtteillagen situiert, wohingegen die Praxen mit negativen Erfahrungen (2) eher in Wohngebieten liegen.
- **Praxisgröße:** Arztpraxen mit mehr als einem behandelnden Arzt oder einer behandelnden Ärztin können ihre Öffnungszeiten durchgängig und fühlbar verändern, indem sie im Schichtbetrieb arbeiten. Praxen, die nur von einem Mediziner bzw. einer Medizinerin geführt werden, haben nur begrenzte eigene Zeitkapazitäten. Das bedeutet, daß oft nur ge-

ringe Veränderungen in den Öffnungszeiten möglich sind, die von den Patienten und Patientinnen kaum wahrgenommen werden.

- **Zeiten:** Termine ab 7 Uhr und bis 19 Uhr werden gut angenommen. Die Akzeptanz nach 19.00 Uhr läßt nach. Sprechzeiten am Samstag werden von den Patienten und Patientinnen dann gern in Anspruch genommen, wenn die Praxen in Zentrumsanlagen liegen; sie sind jedoch mit personellen Problemen verbunden und rentieren sich aus wirtschaftlicher Sicht für die Praxen meist nicht.

3.4 Akzeptanz der Maßnahmen aus Sicht der Patienten und Patientinnen

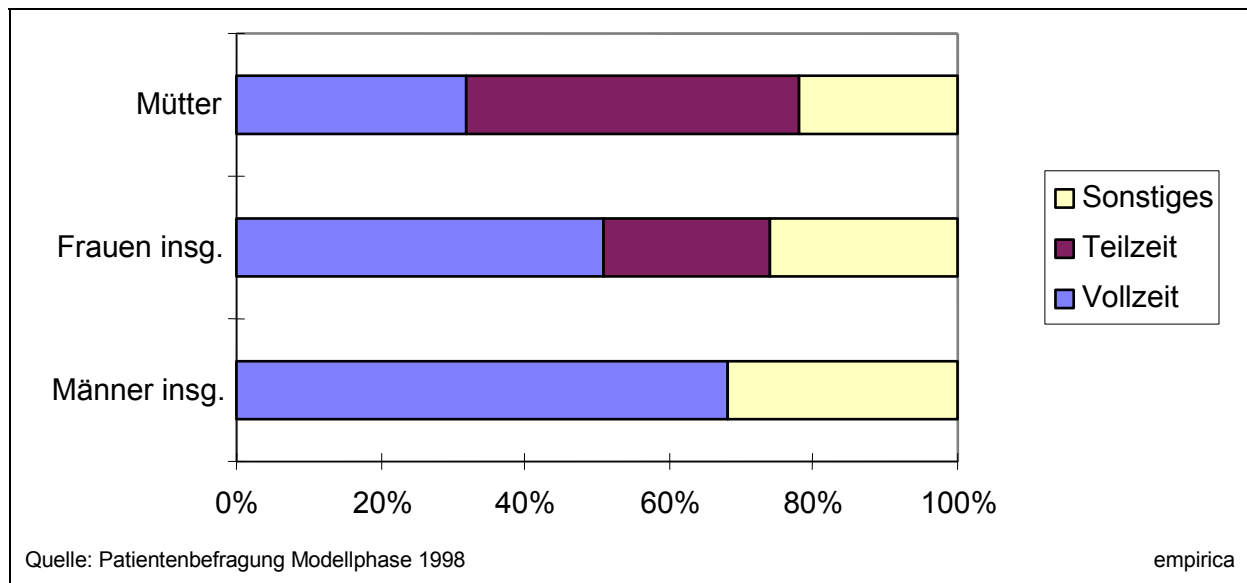
3.4.1 Struktur der Befragten

An der schriftlichen Patientenbefragung zur Nutzung und Akzeptanz des neuen Zeitangebots beteiligten sich insgesamt sechs Arztpraxen mit modellhaft veränderten Praxiszeiten. In diesen Praxen wurden 300 Fragebögen ausgelegt. Die folgenden Ergebnisse basieren auf der Auswertung von 105 Fragebögen.

Die Fragebögen wurden in den Praxen vorwiegend an die Hauptzielgruppe „Frauen“ verteilt, so daß ihr Anteil mit 78,7% gezielt hoch liegt. Die Befragten verteilen sich auf alle Altersklassen ab 20 Jahren, wobei die Gruppe der 20-30jährigen mit 40,5% am stärksten vertreten ist.

Auf die Hauptzielgruppe der Mütter entfällt ein Viertel aller Befragten bzw. ein Drittel der befragten Frauen. Von den Müttern sind 31,8% vollberufstätig (zum Vergleich: bei den Befragten insgesamt sind es 55%), 45,5% gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach; 22,7% sind nicht berufstätig (Erziehungsurlaub, Rente ...). Zwar haben die meisten berufstätigen Mütter gleichbleibende Arbeitszeiten (50%); ihr Anteil an flexiblen Arbeitszeiten und Schichtdienst ist jedoch höher als bei den Befragten insgesamt.

Berufstätigkeit der Befragten

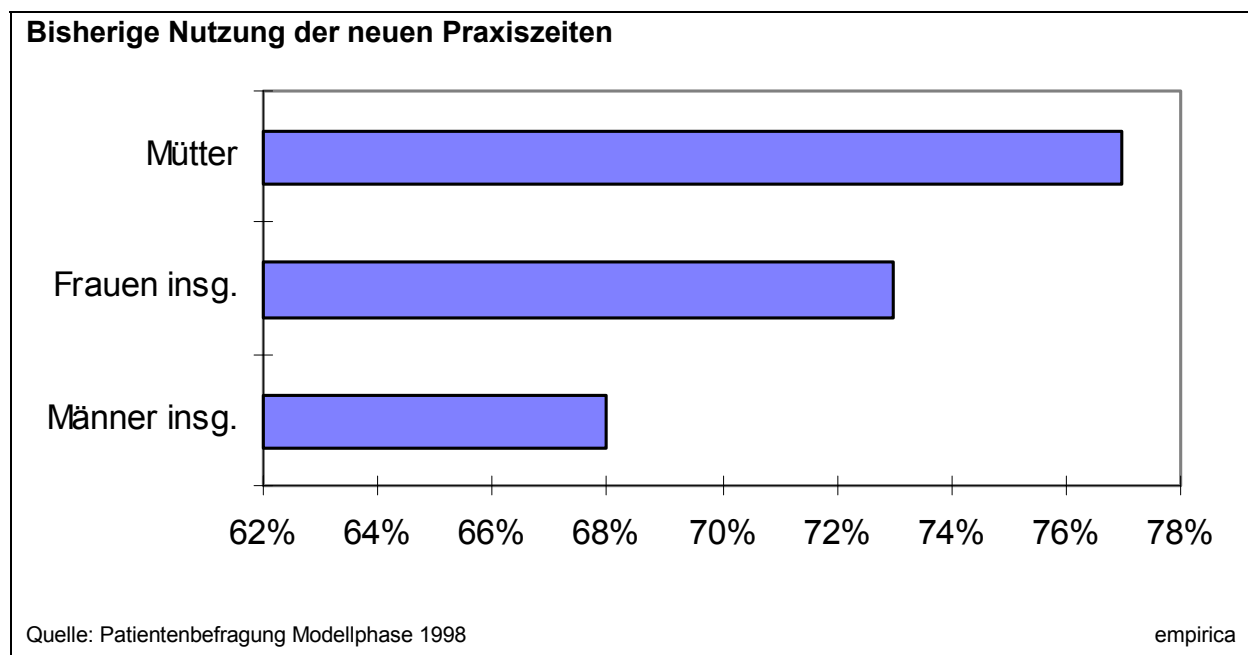


3.4.2 Kenntnis und Nutzung des neuen Zeitangebots

- 80% der Befragten kannten zum Zeitpunkt der Befragung die neuen Zeitangebote ihrer Praxis.
- Etwa ein Viertel der Befragten (23,6%) wurde durch Mund-zu-Mund-Propaganda (Freundes-, Kollegenkreis, Verwandtschaft, andere Patienten) darauf aufmerksam gemacht.
- Etwa ein Viertel der Befragten (23,6%) wurde durch das Praxispersonal (insbesondere durch die Arzthelferinnen) auf die neuen Zeiten hingewiesen.
- 20% kannten die neuen Zeiten durch einen entsprechenden Aushang in der Praxis, den *empirica* zu Beginn der Modellphase den Praxen zur Verfügung gestellt hat.
- Mehr als die Hälfte aller Befragten hat zum Zeitpunkt der Befragung die neuen Praxiszeiten bereits ein- oder mehrmals in Anspruch genommen. Dabei nutzten die befragten Mütter die neuen Zeiten etwas häufiger als der Durchschnitt. Von dieser Zielgruppe wurden die frühen Zeiten zwischen 7.00 Uhr und 8.00 Uhr und die späten zwischen 18.00 und 19.00 Uhr überproportional in Anspruch genommen, wobei letztere insbesondere von den berufstätigen Müttern bevorzugt werden.
- Die Befragten nennen als überwiegenden Grund für die Nutzung der neuen Praxiszeiten die Berufstätigkeit (34,9%): bessere Vereinbarkeit mit den Arbeitszeiten, bessere Vereinbarkeit mit den Arbeitswegen, Erledigung von Arztbesuchen vor der Arbeitszeit, keine Fehlzeiten durch Arztbesuche. Rund 40% der Befragten registrieren durch die neuen Praxiszeiten in ihrem Alltag eine bessere Vereinbarkeit von Arztbesuch und Arbeitszeit.
- Knapp 40% der befragten Mütter geben an, daß die neuen Praxiszeiten sich besser mit der Kinderbetreuung vereinbaren lassen. Für diese Gruppe sind die neuen Praxiszeiten

günstig, weil sie ihnen ermöglichen, allein und ungestört zum Arzt zu gehen. Die neuen Zeiten gewährleisten, daß während ihres Arztbesuchs andere Personen auf die Kinder aufpassen können (Vater, Freunde, Verwandte).

- Als **Fazit** bleibt festzuhalten, daß die neuen Praxiszeiten insbesondere von Berufstätigen in Anspruch genommen werden. Für (berufstätige) Mütter bedeuten sie eine entscheidende Alltagserleichterung. So vertreten von der Zielgruppe der Frauen mit Kindern nur 13,6% die Meinung, mit den Standardzeiten in den Praxen gut auszukommen. Von den befragten Männern teilen im Vergleich dazu 36,8% diese Auffassung.



3.5 Empfehlungen zur Übertragbarkeit der Maßnahmen auf andere Hamburger Bezirke

Der Erfolg der Modellphase mit den berufstätigen- und frauenfreundlichen Praxiszeiten bei Ärzten/Ärztinnen und Zahnärzten/Zahnärztinnen im Untersuchungsgebiet Barmbek-Süd/Barmbek-Nord/Uhlenhorst/Hohenfelde/Dulsberg führt zu der Empfehlung, daß auch in anderen Hamburger Stadtteilen Arzt- und Zahnarztpraxen motiviert werden sollten, ihre Praxiszeiten zu modifizieren. Basierend auf den Erfahrungen des Modellprojekts, sollte die Motivation zu veränderten Zeiten gezielt bei **großen Arzt- und Zahnarztpraxen und Praxen in Zentrumslagen** ansetzen.

Praxiszeiten, die wochentags **morgens vor 9.00 Uhr** beginnen und **abends nach 18.00 (bis 19.00)** enden, führen zu mehr Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen. Das sind Praxiszeiten, die sich besonders gut mit dem Alltag von Berufstätigen verbinden lassen und

vor allem die Zielgruppe der berufstätigen Mütter zeitlich entlasten und einen streßfreieren Tag mit Arztbesuchen ermöglichen.

Obschon Praxiszeiten am Samstag von Patienten und Patientinnen gewünscht werden, wie es die Repräsentativbefragung zum Ausdruck brachte, stößt die Einführung solcher Zeiten in den Arztpraxen derzeit an die Grenzen der Gesundheitspolitik bzw. Honorarordnungen, weil Behandlungen an Samstagen den behandelnden Ärzten und Ärztinnen nur geringe Einnahmen bringen. Hier sind Diskussionen im gesundheitspolitischen Rahmen bei den Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen notwendig, um zukünftig entsprechende Veränderungen dieser Rahmenbedingungen herbeizuführen.

Die Erfahrungen in den Arztpraxen haben gezeigt, daß ein bedarfsgerechter zeitlicher Service die Patientenbindung steigert und Wettbewerbsvorteile schafft. In der Regel können neue Patienten und Patientinnen gewonnen werden. Dies führt zu einer verbesserten Wirtschaftlichkeit des Praxisbetriebes. Neue Praxiszeiten in den gewünschten Zeitfenstern am frühen Morgen oder Abend lassen sich oftmals so gestalten, daß die Praxisbeschäftigten ebenfalls persönliche Vorteile daraus ziehen können, die ihren Alltag entlasten. Als Nebeneffekte der neuen Praxiszeiten werden verkürzte Wartezeiten und generell ein entspannteres Klima in den Praxen festgestellt.

Eine erfolgreiche Umsetzung von berufstätigen- und frauenfreundlichen Praxiszeiten setzt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Praxen voraus, um die Mund-zu-Mund-Propaganda anzustoßen. Die Erfahrungen in der Modellphase haben gezeigt, daß eine aktive, externe Öffentlichkeitsarbeit durch wettbewerbs- und standesrechtliche Rahmenbedingungen nur mit Einschränkungen möglich ist. Hier ist eine Unterstützung der Kammern und Kassenärztlichen Vereinigung wünschenswert.

4. Maßnahmen im Bereich der institutionalisierten Kinderbetreuung

4.1 Ausgangslage

Die Hamburger Untersuchung bestätigt, daß Möglichkeiten einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung für berufstätige Frauen von zentraler Bedeutung sind. Für sie ist wichtig, das Öffnungszeiten und Standorte der Einrichtungen in ihre Zeit- und Wegestrukturen passen. Oft sind Frauen gezwungen, eine nicht ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit anzunehmen, nur weil sie in der Nähe der Wohnung liegt und damit Zeitprobleme entschärft.

Im Rahmen des Modellprojektes kam die schriftliche Befragung von Müttern in Kinderbetreuungseinrichtungen¹⁰ zu dem Ergebnis, daß verlängerte bzw. ergänzende Öffnungszeiten gewünscht werden:

- Montag bis Freitag: Verlängerung der Öffnungszeiten um eine Stunde von bisher 18.00 auf 19.00 Uhr, in geringerem Maße auch frühmorgens.
- Samstag: Vormittags von 9.00 bis 11.00 Uhr.

Neben einer Ausweitung der Öffnungszeiten wurden in der Sonderbefragung folgende ergänzende Angebote in Kinderbetreuungseinrichtungen gewünscht:

- Frühstück, Veranstaltungsangebote, Begleitung auf Wegen, Mittagessen in Halbtageseinrichtungen.
- Flexible Betreuungsangebote, die kurzfristig eine Kinderbetreuung in Ausnahme- und Notsituationen ermöglichen.

Das Programm „Kinderbetreuung 2000“ sieht gravierende Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der institutionalisierten Kinderbetreuung in Hamburg vor. Ziel ist u.a. eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das System basiert auf der Einführung einer "Kita-Card" für Familien als "Berechtigungsnachweis" für den Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz. Kita-Cards werden zum einen Eltern von Kindern mit einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erhalten. Außerdem wird geprüft, ob ein „bedingter Rechtsanspruch“ im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel für Kinder von doppelt berufstätigen und alleinerziehend berufstätigen Eltern eingeführt werden kann, so daß diese Kinder eine Kita-Card mit einem ihrem Betreuungsbedarf entsprechenden „Betreuungsguthaben“ erhalten. Die Eltern haben dann die Möglichkeit, diejenige Betreuungseinrichtung zu wählen, die ihren

¹⁰ Befragt wurden Mütter in 7 Einrichtungen der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten e.V. sowie in 2 Einrichtungen von kirchlichen Trägern.

Bedürfnissen am ehesten entgegenkommt. Die Einführung der Kita-Card ist für das Jahr 2003 vorgesehen.

4.2 Maßnahmen im Modellprojekt

Da die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten e.V. als größter Träger regelhaft Früh- und Spätdienste (ab 6:00 bzw. bis 18:00 Uhr) anbietet, war geplant, daß zwei Einrichtungen dieses Trägers für die Modellphase kooperieren und versetzte Öffnungszeiten anbieten. Trotz der Bereitschaft einiger Heimleitungen war der Vorstand der Vereinigung auch nach einer zusätzlichen Untersuchung nicht bereit, diesem Modellvorhaben zuzustimmen. Freie Träger, die flexible Betreuungsangebote einführen wollten, scheiterten an der fehlenden Finanzierung durch das Amt für Jugend (im Rahmen dieser Angebote wäre auch eine Notbetreuung von Kindern möglich gewesen). Eine Betreuung an Samstagvormittagen war in regulären Kinderbetreuungseinrichtungen nicht möglich.

Als privater Lösungsansatz wurde eine „Vater-Kind-Gruppe“ im KiFaZ Barmbek-Süd ins Leben gerufen, die zunächst von einem Pädagogen auf Honorarbasis geleitet wurde. Ziel war die Selbstorganisation durch die Teilnehmer. Nach Auslaufen der Finanzierung für die Organisation wurde die Gruppe daher in Eigenregie weitergeführt. Ein Stamm von 12 Vätern trifft sich regelmäßig samstags von 10.00 bis 12.00 Uhr mit seinen Kindern im Familienzentrum zum Spielen und Reden. Das Angebot wird sehr positiv aufgenommen, z.T. werden zusätzliche Unternehmungen organisiert. Um die Idee bekannt zu machen und neue Teilnehmer zu werben, wurden Presseartikel im lokalen Wochenblatt veröffentlicht. Es ist wünschenswert, daß dieses Beispiel Schule macht und z.B. andere Kinder- und Familienzentren, Familienbildungsstätten und Elternschulen die Initiative ergreifen, ähnliche Gruppen ins Leben zu rufen. Die Idee trägt dazu bei, Väter stärker in die Familienarbeit einzubinden und Müttern am Samstag Vormittag einen zeitlichen Freiraum zu schaffen.

5. Maßnahmen im Bereich flexible Kinderbetreuung und Betreuung in Notsituationen

5.1 Ausgangslage

Die Befragung berufstätiger Mütter ergab für den Bereich der Kinderbetreuung, daß insbesondere im Hinblick auf eine Betreuung in Notsituationen (vor allem bei Krankheiten) sowie hinsichtlich flexibler Betreuungsangebote Angebotswünsche bestehen. Ein weiterer Belastungsfaktor wird in der Wegbegleitung bzw. der Organisation von Wegeketten zu den Kinderbetreuungseinrichtungen, zu Freizeitangeboten sowie beim Einkaufen gesehen. Gerade erwerbstätige Mütter würden zusätzliche Dienstleistungsangebote begrüßen, mit deren Hilfe die zeitlichen Engpässe besser bewältigt werden könnten.

5.2 Maßnahmen im Modellprojekt

Eine Kinderbetreuung in Notsituationen ist in institutionalisierten Kinderbetreuungseinrichtungen derzeit nicht möglich. Das Mütterzentrum Hohenfelde hatte geplant, nach seinem Umzug in größere Räume dieses Angebot im Rahmen des Konzepts „Orte für Kinder“ anzubieten, ist zunächst jedoch an der fehlenden Finanzierung gescheitert. Ähnlich ist die derzeitige Situation des Trägers „Kinderwelt Hamburg e.V.“, der seit langem in Dulsberg das „Kinderhaus Dulsberg“ plant, in dem flexible Betreuung einschließlich der Betreuung in Notsituationen angeboten werden soll. Hier bestehen nach wie vor Finanzierungsschwierigkeiten. Um dennoch, wenn auch in wesentlich eingeschränkterem Umfang, dem Bedarf an Betreuung in Notsituationen zu entsprechen, konnte der Verein „Jung und Alt in Zuwendung e.V.“ (Oma-Hilfsdienst) als Kooperationspartner gewonnen werden, der innerhalb Hamburgs Notbetreuungen vermittelt. Der Verein hat seine telefonische Vermittlungszeiten dem Bedarf entsprechend erweitert.

- **Betreuung und Notdienst durch den Verein Jung und Alt in Zuwendung e.V. in Hohenfelde:** Das Interesse des Vereins liegt in der Förderung des Dialogs und der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen den Generationen. Sein Vorläufer, der „Oma-Hilfsdienst“, wurde 1979 ins Leben gerufen. Seitdem wurde kontinuierlich ein Stamm von aktuell rd. 200 ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aufgebaut. Der Verein vermittelt ältere Menschen, die auf ehrenamtlicher Basis (Übernahme der Fahrtkosten und kleine Aufwandsentschädigung) bereit sind, die jüngere Generation zu unterstützen und diese im Alltag zu entlasten. Dabei stehen Angebote wie Babysitten und Kinderbetreuung (in Notsituationen sogar bis zu drei Wochen) im Vordergrund. Es wird großer Wert auf die Kontinu-

ität des Betreuungsverhältnisses zwischen den Senioren und Seniorinnen und den zu betreuenden Kindern gelegt. Der Verein Jung und Alt in Zuwendung e.V. hat im Rahmen des Modellprojektes die damaligen Öffnungszeiten (Montag bis Freitag vormittags 8.00 bis 12.00 Uhr und Montag bis Donnerstag nachmittags 15.00 bis 17.00 Uhr) an den Nachmittagen bis 19.00 Uhr ausgedehnt und bietet am Samstag Vormittag einen Notdienst an, der über Studenten und Studentinnen organisiert wird. Die neuen Zeiten haben sich als Erfolg erwiesen, ein Großteil der Nachfragen erfolgt in den Abendstunden oder am Wochenende. Zudem wurde das Konzept für einen Firmenservice entwickelt, in dem interessierte Firmen stellvertretend für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Mitgliedschaft übernehmen können, um mit Hilfe des Vereins Ausfallzeiten ihrer Angestellten durch Krankheit der Kinder und sonstige private Notsituationen zu überbrücken. Die Ausweitung des Angebotes hat die schwierige personelle Lage des Vereins jedoch noch verschärft. Eine Finanzierung von zwei festen Personalstellen mit öffentlichen Mitteln wäre notwendig, um das Überleben des Vereins langfristig zu sichern und eine Ausdehnung der Angebotspalette möglich zu machen. Derzeit gründet sich der Verein auf dem überdurchschnittlichen persönlichen Engagement Einzelner, das auf die Dauer so nicht mehr erbracht werden kann.

- **Flexible Betreuungszeiten durch das Mütterzentrum e.V. in Hohenfelde/ Uhlenhorst:**
In der seit Oktober 1997 bezugsfertigen Einrichtung des Mütterzentrums e.V., Ifflandstraße, sollen neben einem festen Betreuungsangebot durch einen Kindergarten (20 Kinder für 4 Stunden täglich, wobei die Betreuungszeiten entsprechend dem Bedarf ausgedehnt werden) auch **flexible** Betreuungszeiten nach Absprache mit den Müttern angeboten werden. Im Rahmen der Idee „Orte für Kinder“ war beabsichtigt, daß Mütter innerhalb der festgelegten Öffnungszeiten von 7.00 bis 19.00 Uhr ihre Kinder z.B. stundenweise und/oder an verschiedenen Wochentagen in die Einrichtungen bringen können. Die Umsetzung dieses Vorhabens war aufgrund finanzieller Engpässe zunächst nicht möglich. Neue Chancen für die Umsetzung ergeben sich jedoch mit der Einführung der Kita-Cards, mit denen die Eltern die Möglichkeit haben, die dem Kind zustehende Betreuungszeit in einer Einrichtung ihrer Wahl abzurufen. Neben der Kinderbetreuung stellt das Mütterzentrum einen Mittagstisch für Eltern und Kinder bereit.

6. Maßnahmen im Bereich Schulen

6.1 Ausgangslage

Auch im Bereich der schulischen Betreuung hat sich im Untersuchungszeitraum die Ausgangslage verbessert. So wurde mit Beginn des Schuljahres 1999/2000 in Hamburg flächendeckend die „verlässliche Halbtagsgrundschule“ eingeführt, die eine tägliche Betreuung zwischen 8 und 13 Uhr durchgängig sicherstellt. In einigen Schulen werden darüber hinaus pädagogische Mittagstische angeboten. Insbesondere für teilzeitbeschäftigte Mütter stellt diese Neuerung eine wesentliche Unterstützung dar. Eine Lücke besteht jedoch weiterhin bei der Versorgung der Kinder, die aus dem Hortalter herausgewachsen sind. Ein Mittagstisch wird für diese Altersgruppen in den Schulen nur in Ausnahmefällen angeboten. Interessant waren insofern besonders Maßnahmen an weiterführenden Schulen.

6.2 Maßnahmen im Modellprojekt

Im Rahmen der Befragung wurden von den berufstätigen Müttern schulische Mittagstische als zeitentlastende Maßnahmen gewünscht. In 9 der 14 weiterführenden Schulen des Untersuchungsgebietes wurde bei den Schülerinnen und Schülern der Mittelstufen eine Bedarfserhebung durchgeführt. Für 8 Schulen ergab sich aktuell ein hoher Bedarf. Bei dem Versuch, in verschiedenen Schulen Mittagstische einzurichten, zeigte sich, daß je nach Typ, Größe, räumlichen Voraussetzungen und Lage der Schule sowie Alter der Schulkinder sehr unterschiedliche Strategien verfolgt werden müssen. Insbesondere in den Fällen, in denen keine geeigneten Räumlichkeiten für eine Mensa vorhanden waren, waren Kooperationen mit anderen Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder – soweit erreichbar – der Stadtteilküche notwendig.

6.3 Umsetzung der Maßnahmen

In verschiedenen Bereichen ergaben sich Hindernisse bei der Einführung von Schulmensen:

- **Räumlichkeiten getrennt von der Schule:** Die Akzeptanz des Mittagstisches durch die Schülerinnen und Schüler sinkt, wenn das Angebot nicht in den eigenen Räumen der Schule präsent ist. Schon bei kurzen Wegen ist der Anreiz, „extra zum Mittagessen rüberzugehen“, gering. Schwierigkeiten ergeben sich zusätzlich, wenn das Angebot gleichzeitig für Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen (z.B. Gymnasium, Hauptschule) oder Altersstufen (z.B. Kindergarten, Grundschule) offen ist. Eine „Mischung“ von Schüle-

rinnen und Schülern unterschiedlicher Schulformen und Altersstufen gelang aufgrund der fehlenden Akzeptanz nicht.

- **Renovierungs- und Ausstattungskosten von Küche und Eßraum:** Häufig fehlen an Schulen geeignete Räumlichkeiten für die Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten. Zusätzliche Investitionen sind erforderlich, wenn sich die Ausgaben für Neuanschaffungen nicht aus dem jährlichen Möbeletat decken lassen. Eine bessere Beratung hinsichtlich der Möglichkeiten, zusätzliche öffentliche Mittel zu bekommen, wäre notwendig gewesen. Auch die rechtliche Situation ist zu klären. Die Küche und der Raum für die Essensausgabe müssen behördliche Auflagen erfüllen, die sich nach Art und Anzahl des Mahlzeitenangebots unterscheiden und im Vorfeld schwer zu überblicken sind.
- **Organisation und Betreuung des Mittagstisches:** Wird der Mittagstisch von der Schule selbst organisiert, ist der ehrenamtliche Einsatz von Eltern, Großeltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern notwendig, da über den reinen Essenspreis keine Personalkosten finanziert werden können. Ebenso fehlen häufig personelle Ressourcen für die Planung, Umsetzung, Koordination und Begleitung der Projekte vor Ort.

Folgende Vorhaben wurden umgesetzt:

- **Einrichtung eines Mittagstisches im Gymnasium Lerchenfeld:** Die Bedarfsermittlung ergab für das Gymnasium Lerchenfeld eine Nachfrage von rd. 80 Essen pro Schultag. Durch Umbaumaßnahmen wurden eine Schulküche und ein Eßbereich geschaffen, so daß angelieferte Mahlzeiten erwärmt und ausgegeben werden können. Die Finanzierung der Räumlichkeiten erfolgte über Mittel des Schulvereins sowie über Bezirkssondermittel, die nach Antragstellung von der Bezirksverwaltung genehmigt wurden. Die zunächst begonnene Zusammenarbeit mit einem Zulieferer, der Kindertageseinrichtungen mit biologisch-dynamischen Essen beliefert, mußte nach zwei Monaten abgebrochen werden, weil sich herausstellte, daß der Anbieter seinen Kundenkreis aus steuerrechtlichen Gründen auf Kinderbetreuungseinrichtungen beschränken muß. Für die verbleibenden zwei Monate bis zu den Sommerferien übernahmen Eltern die Zubereitung und die Ausgabe der Essen. Die Suche nach einem neuen Zulieferer brachte bisher kein zufriedenstellendes Ergebnis. Es wurde daraufhin ein Vertrag mit der Frau des Hausmeisters geschlossen, die die Zubereitung und Verteilung des Essens im folgenden Schuljahr übernahm.
- **Mittagstisch in Barmbek-Nord:** Das **Kindertagesheim Steilshooperstraße** (Halbtagskindergarten), Steilshooperstraße 242 A, Träger Kinderwelt Hamburg e.V., stellt im Anschluß an die eigenen offiziellen Öffnungszeiten (7.30-13.30 Uhr) das Essen und die

Räumlichkeiten für einen Mittagstisch zur Verfügung. Zielgruppe sollten ca. 10-15 Kinder der benachbarten Grundschule Langenfort 68 sein, deren Mütter berufstätig sind. Der Mittagstisch wird von Montag bis Freitag angeboten, die Betreuungszeit beläuft sich auf ca. eine Stunde. Die Kosten für die Teilnahme am Mittagstisch sollten ca. 50 DM/Monat betragen. Nach Einführung der Maßnahme hat sich herausgestellt, daß weit weniger Kinder das Angebot wahrnehmen als erwartet. Von seiten der Eltern besteht der Bedarf eher in einer Ganztagsbetreuung, so daß das Angebot eines pädagogischen Mittagstisches (bis 15.00 Uhr) zeitlich als nicht ausreichend empfunden wird. Gewünscht werden Betreuungsleistungen bis 16.00 bzw. 16.30 Uhr, die möglichst auch eine Hausaufgabenhilfe einschließen. Mit Beginn des neuen Schuljahres soll noch einmal der Versuch unternommen werden, das Projekt zu beleben. Es besteht auch die Idee, die „eigenen“ Kinder, die aus dem Kindergarten in die Schule wechseln, für den pädagogischen Mittagstisch zu gewinnen.

- **Pädagogischer Mittagstisch in Barmbek-Süd/ Dulsberg:** Das **Kindertagesheim Finkenau e.V.**, Von-Essen-Straße, Träger Finkenau e.V., stellt einen pädagogischen Mittagstisch für etwa 20 Grundschulkinder der benachbarten Grundschulen bereit. Nach einer längeren Anlaufphase wird das Angebot auch ohne aktive „Werbemaßnahmen“ gut angenommen. Die Kinder werden für ca. 2 Stunden betreut. Die Kosten für die Teilnahme am Mittagstisch betragen ca. 50 DM/Monat. Ob das Projekt auch in Zukunft weitergeführt werden wird, hängt wesentlich ab von den Auswirkungen des neuen Systems zur Regelung der Kindertagesbetreuung.

6.4 Übertragbarkeit auf andere Schulen

In anderen Hamburger Schulen hat das Angebot eines warmen Mittagstisches z.T. schon jahrelange Tradition. Zwei sehr erfolgreiche Modelle sind die Angebote in den Gesamtschulen Mümmelmannsberg und Steilshoop, wo täglich mehr als 200 warme Mahlzeiten und zusätzlich Brötchen, Snacks und Getränke verkauft werden. Diese Angebote werden über Beschäftigungsträger organisiert. In anderen Schulen, wie zum Beispiel dem Johanneum (Gymnasium) und dem Matthias-Claudius-Gymnasium wird das Angebot vom Einkauf, über das Kochen, Spülen und die Organisation komplett von den Eltern getragen. Die integrative Funktion des Angebotes, durch das Eltern und zum Teil auch Großeltern am Schulalltag teilnehmen und ihn mit gestalten, nimmt dabei eine wichtige Stellung ein. Eine Zwischenlösung verfolgt z.B. das Wilhelm-Gymnasium, wo zusätzlich zum Angebot des Schulkiosks ein warmes Mittagessen angeliefert wird, das von den Eltern vor Ort erwärmt und ausgegeben wird. Eine reine Organisation über externe Zulieferer – ein Bäckereiwagen bietet Brötchen, Backwaren und Getränken an, ein warmes Mittagessen wird über einen Mahlzeiteinsatzservice angeliefert - erfolgte z.B. im Margaretha-Rothe-Gymnasium. Die Nachfrage für den Mittagstisch

ist dort jedoch kontinuierlich gesunken, das Angebot wird voraussichtlich im nächsten Schuljahr eingestellt.

Bei Interesse an der Einrichtung einer Schulmensa sollte jede Schule prüfen (z.B. über eine Befragungsaktion bei der Schülerschaft und den Eltern), wie groß der Bedarf ist, d.h. wie viele Essen täglich vorgesehen werden sollten. Nach der Größe des Bedarfs richten sich die Anforderungen an die Räumlichkeiten und die Möglichkeiten der Organisation des Angebotes. Insgesamt ist an Ganztagschulen und Schulen mit Nachmittagsunterricht eher von einem Bedarf nach einem Mittagstisch auszugehen. Aber auch das Interesse an der Schaffung eines gemeinsamen Angebotes, das von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern gemeinsam getragen und genutzt wird, kann ein Anreiz sein, die Einführung eines gemeinsamen Mittagstisches zu planen.

MERKBLATT SCHULMENZA

1. Räumlichkeiten

Grundsätzlich sind für die Herstellung und die Ausgabe bzw. den Verzehr voneinander getrennte Bereiche erforderlich.

Küche: Je nachdem, ob das Essen angeliefert wird und nur erwärmt werden muß (Konvektomat), die Mahlzeiten in der Schule selbst zubereitet werden und welche Arten von Produkten dabei zum Einsatz kommen, sind andere räumliche Voraussetzungen zu erfüllen. Die Bestimmungen werden jeweils auf den Einzelfall angewendet. Von genereller Bedeutung ist jedoch die Lebensmittelhygieneverordnung, deren Einhaltung von den Wirtschafts- und Ordnungsämtern überwacht wird. Personen, die beim Herstellen oder Verkauf mit unverpackten Lebensmitteln in Berührung kommen, benötigen bis Ende 2000 nach §§ 17,18 Bundesseuchengesetz ein Gesundheitszeugnis. Mit Inkrafttreten des Infektionsschutzgesetzes am 1.1.2001 tritt das bisherige Bundesseuchengesetz außer Kraft. Das bisherige Gesundheitszeugnis wird durch eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes ersetzt, die bei erstmaliger Beschäftigung vorgelegt werden muß (§43 IfSG). Bei Weiterbeschäftigung gilt das bisherige Gesundheitszeugnis fort. Werden mehr als 30 Essen pro Tag in der Küche selbst gekocht, ist nach Auflagen der Umweltbehörde der Einbau eines Fettabscheiders notwendig.

Essraum: Die Räumlichkeiten werden von den Schülerinnen und Schülern besonders gut angenommen, wenn sie zentral liegen (z.B. Pausenhalle, Pavillon auf dem Pausenhof). Der Schulkiosk mit Milch- und Brötchenverkauf sollte im selben Raum sein. Es kann sich dann ein Treffpunkt entwickeln, der von den Schülerinnen und Schülern während der Mittagszeit, in den Pausen und in Freistunden gern genutzt wird.

2. Essen

Die Preise für warmes Essen liegen zwischen 1,50 und 4,50 DM. Generell sollte der Essenspreis 5 DM nicht überschreiten. Die Preise für die warmen Mahlzeiten sind in der Regel nicht kostendeckend, der finanzielle Ausgleich erfolgt im Rahmen einer Mischkalkulation z.B. über höhere Preise für Getränke und Süßigkeiten.

Als vorteilhaft hat sich das Angebot von Essenskomponenten erwiesen, bei dem die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen Beilagen und Nachtischangeboten auszuwählen.

Um zu verhindern, daß die Schüler das Essensgeld für Süßigkeiten und andere Dinge ausgeben, können entweder Wochenbeiträge im voraus abgerechnet oder Essensmarken verkauft werden. Dies hat auch den Vorteil, daß die Anzahl der benötigten Essen im voraus abschätzbar ist.

3. Organisation und Betreuung

Für die Organisation und Betreuung werden je nach Vorstellungen und Machbarkeit die Eltern oder externe Anbieter herangezogen. Schülerinnen, Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer übernehmen nur selten Aufgaben im Bereich der Schulmensa.

Kochen in der Schule: In einigen Schulen wird das Essen von Elterninitiativen gekocht und ausgegeben, die zum Teil von Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern unterstützt werden. Dieses Modell erfordert eine hohe Einsatzbereitschaft und viel Organisationsaufwand seitens der Eltern. Einkauf, Zubereitung, Ausgabe und Spüldienst müssen bei in der Regel täglich wechselnder Besetzung organisiert werden. Ein Helferstamm von 80-90 Eltern ist notwendig, um einen 14tägigen Einsatzturnus zu gewährleisten und genügend Spielraum bei Ausfällen zu haben. Auch diejenigen, die nur einmal im Monat einsatzbereit sind, müssen berücksichtigt werden. Gefährdet ist dieses Modell insbesondere dann, wenn die Kinder engagierter Eltern die Schule verlassen und für deren Nachfolge gesorgt werden muß.

Anliefern lassen und selbst verteilen: Wenn die Mahlzeiten extern zubereitet und angeliefert werden, ist vor allem das Aufwärmen und die Ausgabe sicherzustellen. Diese Aufgabe kann von Eltern, aber auch im Wechsel von verschiedenen Schulklassen („Mensadienst“) oder engagierten Lehrerinnen und Lehrern übernommen werden. Als Zulieferer kommen Anbieter in Frage, die auch für Betriebskantinen Essen liefern. Auch einige Beschäftigungsträger liefern Mahlzeiten an, die in ihren Lehrküchen zubereitet wurden.

Kochen/Anlieferung und Betreuung aus einer Hand: Verschiedene Hamburger Beschäftigungsträger¹¹ bieten im Rahmen ihrer Qualifizierungsmaßnahmen auch Restaurantdienste an. Zum Teil kochen die Träger in den Schulen vor Ort, z.T. ist aber auch eine Anlieferung möglich. In der Regel wird das komplette Essensangebot vom Mittagsteller über Snacks, Brötchen, Nachtschangebote und Getränke vom Beschäftigungsträger abgedeckt. Die Preise für die warmen Mahlzeiten liegen für die Schülerinnen und Schüler zwischen 2,50 DM und 4,50 DM, Lehrerinnen und Lehrer und sonstige Schulbedienstete zahlen höhere Preise. Jeder Beschäftigungsträger verfolgt ein eigenes Konzept, zum Teil sind die Anbieter räumlich an bestimmte Stadtgebiete gebunden; zum Teil werden spezielle Richtungen verfolgt (z.B. ausschließlich Vollwertkost). Die Beschäftigungsträger sind in der Regel auch in der Lage, bei der Einrichtung der Räumlichkeiten beratend zur Seite zu stehen. Grundsätzlich ist zu beachten, daß die primäre Zielsetzung der Beschäftigungsträger die Qualifizierungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen ist.

- Beschäftigung und Bildung e.V. – Essen in Schulen (ausschließlich Vollwertkost)
Bürgerweide 12d, 20535 Hamburg; Tel.: 040/ 250 27 73
- Abakus GmbH (Komponentenessen)
Schreyerring 29, 22309 Hamburg, Tel.: 040/ 630 81 00 / 630 50 51
- Einfal e.V., Lehrküche und Essen in Eimsbütteler Schulen
Kieler Straße 407, 22525 Hamburg, Tel.: 040/ 540 29 39.
- GATE – Gesellschaft für Arbeit, Technik und Entwicklung mbH, Servicezentrum Kirchdorf-Süd
Erlerring 9, 21109 Hamburg, Tel.: 040/ 750 91 36
- Röbbek e.V., Röbbek 4, 22607 Hamburg, Tel.: 040/ 82 52 33.
- Verein zur Förderung der beruflichen Bildung e.V. (Stadtteilküche Dulsberg)
Spohrstraße 6, 22081 Hamburg, Tel.: 040/ 298015-0
- hamburger arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH, Betriebsstätte Wandsbek
Von-Bargen-Straße 18, 22041 Hamburg, Tel.: 040/ 656902-0

¹¹ Die Adressen wurde z.T. entnommen aus der Broschüre „Schulkiosk“ der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (Hrsg.).

ANHANG: METHODISCHE VORGEHENSWEISE UND DATENBASIS

1. Forschungsphase

Schriftliche Befragungen - Zeitnachfragerinnen

Haushaltsbefragung	Zwei Stichproben (4.000 in zwei Durchgängen) bei Frauen im Alter von 18-65 Jahren in Barmbek-Uhlenhorst ⇒ Rücklauf 600
Befragung in Kinderbetreuungseinrichtungen	Befragung von Müttern in 9 Einrichtungen ⇒ Rücklauf 258

Schriftliche Befragungen - Zeitanbieter

Einzelhandel/Dienstleistungen	Befragung von 50 Betrieben
Kinderbetreuungseinrichtungen	Befragung von 20 Kinderbetreuungseinrichtungen
Schulen	Befragung von 10 Schulen
ÖPNV	Auswertung von Fahrgastzählungen des HVV
Arztpraxen	Befragung von 27 Ärzten und Ärztinnen (Verschickung von 300 Fragebögen)

Qualitative Interviews - Zeitnachfragerinnen

Straßengespräche	ca. 300 Kurzgespräche
Gespräche an ÖPNV-Haltestellen	ca. 50 Kurzgespräche
Gespräche vor Bankfilialen	ca. 30 Kurzgespräche
Expertengespräche-Zeitnachfragerinnen	25 Leitfadengespräche (Tiefeninterviews)

Expertengespräche - Zeitanbieter

Kinderbetreuungseinrichtungen	21 Expertengespräche
Einzelhandel	15 Sondierungsgespräche
Freizeiteinrichtungen	40 Sondierungsgespräche, 5 vertiefende Gespräche
Ämter	6 Expertengespräche
Banken/ Sparkassen	2 Expertengespräche

workshops

workshop „Betroffene Frauen“	15 Teilnehmerinnen
workshop „Ämter“	20 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aller Abteilungen des Ortsamts Barmbek-Uhlenhorst

2. Beratung Modellphase

- 2 Gespräche mit der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten e.V.
- 2 Gespräche mit Gewerkschaften
- 4 Gespräche mit Vertretern der Ämter
- ca. 60 Gespräche mit Ärzten und Ärztinnen
- 9 Gespräche mit Leiterinnen von Kinderbetreuungseinrichtungen

3. Umsetzung und Evaluation von Maßnahmen im Bereich Schulen

- Kontaktaufnahme zu sämtlichen allgemeinbildenden Schulen im Untersuchungsgebiet
- Telefonischer Erstkontakt mit Schulleitern bzw. Schulleiterinnen
- Schriftliche Information über das Projekt
- Expertengespräche mit den Schulleitungen vor Ort

- Klärung der vorhandenen Infrastruktur-Voraussetzungen wie Räume, Küchen, Ausstattung, Beaufsichtigung usw.
- Erstellung eines Handzettels zur Bedarfsermittlung nach Tagen und Zeiten in den einzelnen Klassen interessierter Schulen
- Unterstützung des Rücklaufs durch eine telefonische Nachfassaktion
- Auswertung der konkreten Bedarfe nach Anzahl der Mittagessen je Schule, der Infrastruktur-Voraussetzungen für Mittagessen an den Schulen bzw. Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Einrichtungen
- Kontaktieren potentieller Mittagstisch-Anbieter
- Klärung der Rahmenbedingungen
- Begleitung der konkreten Umsetzung an den interessierten Schulen
- Einbindung von Institutionen, die Mittagessen anbieten
- Klärung von Kooperation bezüglich der Mittagessen-Anbieter
- Evaluierung bei Schulen mit Erfolg (Referenz-Projekte) und in der Schule, die in die Projektphase eingeschlossen wurde
- 20 Experteninterviews mit Lehrerinnen und Lehrern, Müttern, Schülerinnen und Schülern

4. Evaluation von Maßnahmen im Bereich Ämter

- 1 Expertengespräch mit der Amtsleitung
- 40 Expertengespräche mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und Kundinnen und Kunden der publikumsrelevanten Dienststellen des Ortsamtsbereiches

5. Evaluation von Maßnahmen in Arzt- und Zahnarztpraxen

- Befragung von Patientinnen (Rücklauf 105 verwertbare Fragebögen)
- Expertengespräche in 13 Arzt- und Zahnarztpraxen

LITERATUR

- Adam, Brigitte: Frauentypen und ihre Wohnstandorte. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, 1995.
- Ahuis, H.; Dieckmann, J.; Neubert, J.; Petzold, H.; Pfeiffer, U.; Thalgott, Ch.; Wagner, M.; Weber, B.; empirica - Gesellschaft für Struktur- und Stadtforschung mbH: Kommission Zukunft Stadt 2000 - Abschlußbericht. 1993.
- Belloni, Maria C. Die Verwendung der täglichen Zeit in italienischen Städten. Ähnlichkeiten, Ungleichheiten, politische Strategien. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, 1995.
- Betriebs- und Mitarbeitergerechte Arbeitszeitregelung im Einzel- und im Großhandel (Ariel). Eine Untersuchung des Deutschen Handelsinstituts Köln gefördert durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Einzelhandel, Teil 1, 1990.
- Blass, Wolf : Zeitbudget-Forschung. Campus Forschung. Band 126, 1980.
- Bock, St.; Hünlein, U.; Klamp, H.; Treske, M.: Frauen(T)räume in der Geographie. Beiträge zur Feministischen Geographie. In: Urbs et regio 52. Kassel, 1989.
- Brennecke, Julia: Alltagsmobilität von Frauen. In: Statistisches Bundesamt. Statistische Berichte, Bd. 3. Wiesbaden 1992.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Frauenfreundliche Arbeitszeitgestaltung - das verbandspolitische Förderungsumfeld. Materialien zur Frauenpolitik, Heft 14, 1991.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Familie und Arbeitswelt. Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 143. Stuttgart, 1984.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Statistisches Bundesamt (Hg.): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland. Wiesbaden, 1994.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.): Frauen planen die Stadt. Dokumentation eines Kolloquiums. Schriftenreihe "Forschung", Heft 493. Bonn, 1993.
- Camstra, Ronald: Emanzipation und die Entfernung vom Wohnort zur Arbeit. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, 1995.
- Cawugger; Rubchik; Simsa: Flexible Arbeitszeiten- flexible Familien? Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.). Wien, 1994.
- Dangschat, J.; Droth, W.; Friedrichs, J.; Kiehl, K.: Aktionsräume von Stadtbewohnern: Eine empirische Untersuchung in der Region Hamburg. Westdeutscher Verlag, Bd. 36. Opladen, 1982.
- Eberling, M.: Stadt außer Takt. Plädoyer für die Einrichtung eines politischen Handlungsfeldes „Zeitpolitik“. In: Politische Ökologie 57/58, Heft 1/2, 1999.
- Eberling, M.; Henckel, D.: Kommunale Zeitpolitik. Veränderung der Zeitstrukturen – Handlungsoptionen der Kommunen. Berlin, 1998.
- Ehling, M.; von Schweitzer, R. u.a.: Zeitbudgeterhebung der amtlichen Statistik. Beiträge zur Arbeitstagung vom 30. April 1991 in Wiesbaden. In: Statistisches Bundesamt. Schriftenreihe „Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik“, Heft 17. Wiesbaden, 1991.

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Amt für Schule; HAG Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (Hg.): Schulkiosk. Essen und Trinken in der Schule. Empfehlungen, Informationen und Anregungen für das Angebot von Speisen und Getränken zum Verkauf in Schulen. 1. Auflage. Hamburg, 1997.

Freie und Hansestadt Hamburg (Hg.): Projekt „moderne Bezirksverwaltung – innovativ und leistungsstark“ (moBil). Abschlußbericht des Projekts moBil2. Juli 1999.

Friberg, T.: Everyday life: Women's adaptive strategies in time and space. In: Lund Studies in Geography Series, Bd.55. Lund, 1993.

Fritz, G.: Die Zeit ist männlich - muß das so bleiben? In: Kommune 2/1991.

Fromme, J.; Hatzfeld, W.; Tokarski, W.: Zeiterleben – Zeitverläufe – Zeitsysteme. 7. Bielefelder Winterakademie, IFKA-Dokumentation (Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e. V.). Bielefeld, 1990.

Garhammer, Manfred: Balanceakt Zeit. Auswirkungen flexibler Arbeitszeiten auf Alltag, Freizeit und Familie. Edition Sigma. Berlin, 1994.

Goldberg, Christine: Empirische Befunde zur weiblichen Berufstätigkeit und partnerschaftlichen Familienarbeit. Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Aspekte: Frauen im Erwerbsleben. Beiträge einer Ringvorlesung an der Universität Graz, SS 1992.

Grundmann, Martin: Zeitgeographie: Ein systematischer Überblick gegenwärtiger Ansätze. In IMU- Informationsdienst, Nr. 1, Jg. 7/1989.

Hamm, S.: Die wohnungsnahе Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs. Anforderungen aus der Sicht von Frauen. Diplomarbeit Universität Trier, 1995.

Harvey, Andrew S.; Michalos, Alex C.: Time Use Research - An International and Interdisciplinary Journal for Quality-of-Life Measurement. In: Social indicators research, Vol. 30, Nos. 2-3. Halifax, 1993.

Hegner, F.; Kramer, U.; Lakemann, U.; Klocke-Kramer, M.: Erwerbsgebundene und erwerbsfreie Zeit. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland nach 1950 und Zukunftsszenarios. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), ILS Schriften 18, 1988.

Held, M.; Geißler, K.-H. (Hg.): Ökologie der Zeit. Verlag Hirzel. Stuttgart, 1993.

Held, M.; Geißler, K.-H. (Hg.): Rhythmen der Zeit. Verlag Hirzel. Stuttgart, 1994.

Henckel, D. (Hg.): Arbeitszeit, Betriebszeit, Freizeit. Verlag Kohlhammer. Stuttgart, 1988.

Henckel, D.; Grabow, B.; Kunert-Schroth, H.; Nopper, E.; Rauch, N.: Zeitstrukturen und Stadtentwicklung. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, 81. Stuttgart, 1989.

Henning Doris; Raasch, Sibylle, Wuttke, Christiane (Hg.): Brüche der Zeit. Veränderung gesellschaftlicher Zeitstruktur und Geschlechterfrage. VSA-Verlag. Hamburg, 1998.

Hüpen, R.: Arbeitszeit, Betriebszeit und Beschäftigung. Gabler Edition Wissenschaft. Wiesbaden, 1994.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung: Überprüfung des Ladenschlußgesetzes vor dem Hintergrund der Erfahrungen im In- und Ausland. Sonderdruck aus ifo Schnelldienst Nr. 24. München, 1995.

ILS Schriften (NRW): Frauen und Zeitpolitik. Dortmund, 1988.

Institut für Demoskopie Allensbach: Fraueninteressen und Frauenpolitik. IfD-Bericht 6131. März 2000.

Kail, Eva; Kleedorfer, Jutta (Hg.): Wem gehört der öffentliche Raum - Frauenalltag in der Stadt. Reihe Kulturstudien, Sonderband 12. Böhlau Verlag. Wien, 1991.

Kessel, Martina: Zwischen Abwasch und Verlangen. Zeiterfahrungen von Frauen im 19. und 20. Jahrhundert. C.H. Beck Verlag. München, 1995.

Klocke, Andreas: Sozialer Wandel, Sozialstruktur und Lebensstile in der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Lang. Frankfurt, 1993.

Kurz-Scherf, I.; Breil (Hg.): Wem gehört die Zeit? VSA-Verlag. Hamburg, 1987.

Leira, A.: Die Organisation des Alltags durch Frauen: Die tägliche Praxis in einem älteren Wohnblock. In: Hernes, Maria (Hg.): Frauenzeit - Gebundene Zeit. Verlag AJZ. Bielefeld, 1988.

Lorentz; Schauerte: Mehr Kreativität und Flexibilisierung bei Öffnungszeiten. In: ifg-Materialien zur Frauenforschung, Bd. 1. Bielefeld, 1985.

Malecek, Sabine: Lebensgestaltung und Alltagsmobilität von Müttern mit Kleinkindern in Innsbruck. Diplomarbeit Universität Innsbruck, 1996.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (Hg.): Arbeitszeit '93. Köln 1994.

Mückenberger, Ulrich: Tempi della città. Zeitkoordination als Aufgabe kommunaler Gestaltung. In: Kritische Justiz, Heft 1, 1992.

Mückenberger, Ulrich (Hg.): Zeiten der Stadt. Reflexionen und Materialien zu einem neuen gesellschaftspolitischen Gestaltungsfeld. Bremen, 1998.

Mückenberger, Ulrich; Rinaldi, A.: Gespräch über kommunalpolitische Maßnahmen zur Veränderung städtischer Zeitstrukturen und damit gemachte Erfahrungen. Mailand/Modena, 1991.

Müller, H.G.; Seidenspinner, G.: Weibliche Lebensentwürfe und Stadtplanung. Wandlungstendenzen im Lebensentwurf von Frauen. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9, 1990.

ÖTV: Zeiten der Stadt. Seminar im Sommer 1994 in Italien. Hamburg/Lübeck, 1995.

Pasero, U.: Zeitkollisionen - Zum Wandel gesellschaftlicher Zeitmuster. In: Oslong, D. (Hg.): Zeit und Nähe in der Industriegesellschaft. Eine Annäherung aus verkehrspolitischer Sicht. Bonn, 1990.

Pillitteri, P.: Vorschlag des Mailänder Bürgermeisters zum Thema Städtische Öffnungszeiten. Mailand, 1990.

Rinderspacher, J. et. al.: Die Welt am Wochenende. SWI-Verlag. Bochum, 1994.

Romeiß-Stracke, F.; Pürschel, M.-B.: Frauen und Zeitpolitik. In: ILS Schriften, Heft 8. Dortmund, 1987.

Scheller, Andrea: Frau macht Raum. Geschlechtsspezifische Regionalisierungen der Alltagswelt als Ausdruck von Machtstrukturen. Diplomarbeit Universität Zürich, 1995.

Schilling, G.; Groß, H.: Über Arbeitszeiten von Frauen und über Teilzeitbeschäftigung von Männern. In: ISO Institut zur Erforschung sozialer Chancen. Studien zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Bericht 48. Köln, 1992.

Schwesig, Roland: Räumliche Strukturen von Außerhausaktivitäten. Dissertation. Hamburg 1988.

Société Suisse de Sociologie, Planification du Territoire et Temps de Vie: Zeitveränderungen und Auswirkungen auf die Stadt, Ergebnisse einer Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Journée D'Etudes Université de Zurich-Irchel, 1989.

Statistisches Bundesamt: Die Zeitverwendung der Bevölkerung. Methode und erste Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Erhebungen nach § 7 BStatG. Tabellenband I. Wiesbaden, 1995.

Steigerwald-Allwinn, Renate: Frauen zwischen Arbeit und Haushalt. Eine Zeitbudget-Analyse in zwei Produktionsbetrieben des weiteren Rhein-Main-Gebietes. Diplomarbeit Universität Frankfurt a.M, 1995.

Tivers, J.: Constraints on Spatial Activity Patterns: Women With Young Children. King's College London, Geography Occasional Papers, 1977.

Wirtz, B., Greiwe, U.: Frauenleben in der Stadt - durch Planung behinderter Alltag. IRPUD-Institut für Raumplanung. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 43. Dortmund, 1988.